Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

In lingua italiana: Sciopero della Fame - Hannover

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 317 18. Januar 1980 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt. D 1870 CX



US-INTERVENTION in AFGHANISTAN

NATIONAL POLICE
ENTRY ورود
۱۳۶۲ /۱۲/ ۷ ۱
فرودگاه مهرآباد ـ ۲۶
MEHRABAD AIR PORT

ΑΕΡΟΛΙΜΗΝ
ΑΘΗΝΩΝ
24. NOV. 1978
ΕΞΟΔΟΣ

CONFIDENTIAL
Classification

DUE LACK OF ACKNOWLEDGEMENT

NNNNVV
OO RUQMHR ...C1BBRA993
DE RUBFSD #4782 2BB&132
zny SSS&2E
O 262357Z JUL 79ZFF4ZDK
FM SECSTATE WASH DC
TO EMBASSY IMMEDIATE 3712
bt
S E C R E T STATE 194732

CLASS: SECRET
CHRGE: STAT 9/30/79
APPRV: CHARGE:LBLAINGE'
DRFTD: CHARGE:LBLAINGEN:
CLEAR: NONE
DISTR: CHARGE

SECRET

"COUNTER SPY" – BERICHT ENTHÜLLT HINTERGRÜNDE DER GEHEIMDIENSTAKTIVITÄTEN IN AFGHANISTAN S.20

بالاخره جنگل امحاء ـ غارت وطعمه اتش دردید !
چیزیکه طبی... د اورده بود درظرف چند روز تباه شد · ترمیم ثانی
ان زمانهای طولانی .

AUFRUF

Wir, Hausbesetzer aus Mainz, Wiesbaden, Münster, Tübingen, Göttingen und London haben uns am 27./28. Dezember in der Göttinger Augenklinik getroffen, um ein bundesweites Treffen von Wohnungskämpfern und solchen, dies noch werden wollen, vorzubereiten.

Wir haben uns überlegt, daß am 8./9./10. Februar in Göttingen ein Wochenendtreffen stattfinden soll und laden Euch herzlich ein. Wir sind von folgenden Überlegungen ausgegangen: Wohnungsnot ist kein lokales Problem, unser Kampf dagegen sollte gemeinsam geführt werden. Durch Erfahrungsaustausch wollen wir aus der Vereinzelung unserer Aktion herausfinden.

Wir schlagen vor, daß wir uns vor allem mit folgenden Punkten beschäftigen: Sanierung, Mietwucher, Maklerunwesen, Zweckentfremdungsgesetz, Alternatives Wohnen, Hausbesetzungen. Wenn Ihr zu den Themen schon mal was gearbeitet habt oder sonstwie Material habt, bringt das auf jeden Fall mit. Das gleiche gilt für Musikinstrumente, Lieder, Filme, usw.

FRIEDE DEN HÜTTEN, KRIEG DEN PALÄSTEN !

**P.S. Schlafgelegenheiten gibts in der besetzten Klinik! Meldet Euch bitte vorher bei den Göttingern an:
Asta Uni Göttingen (Sozialreferat), Nikolausberger Weg 9
3400 Göttingen**

**Kontakt: Wohn-AG Mainz c/o Erich Pawlik
Adam Karillon-Str. 70, 6500 Mainz
Tel. 675405**

ILSE STACHOWIAK WIRD DOCH VERNOMMEN

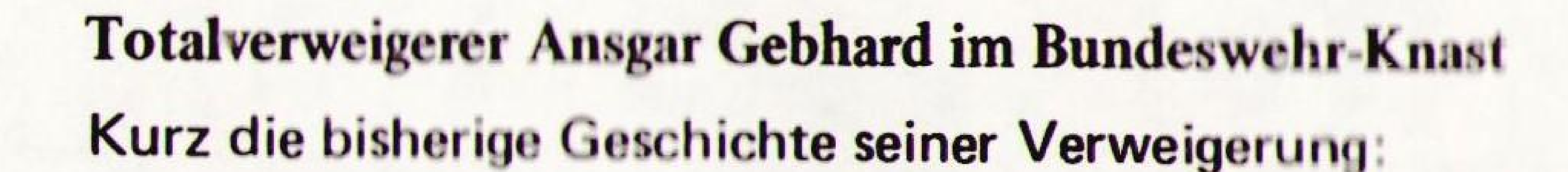
Karlsruhe/Frankfurt, 16.1.80

Im Prozeß gegen Brigitte Heinrich hat das Gericht seinen Beschluß, Ilse Stachowiak nicht zu vernehmen, überraschend zurückgenommen. Plötzlich erschien Ilses Krankheit nicht mehr als ausreichender Grund, auf ihre Vernehmung zu verzichten. Nach dieser überraschenden Wendung wird der nächste Prozeßtermin

am 22.Januar, 15 Uhr

wie üblich im Landgericht Karlsruhe (Nähe Schloß) stattfinden.

Kontakt: über AStA, Universität Frankfurt, Tel.: 0611/ 77 75 75.



Totalverweigerer Ansgar Gebhard im Bundeswehr-Knast

Kurz die bisherige Geschichte seiner Verweigerung:

- *April 1977 erste Gewissensprüfung ohne Erfolg, Widerspruch eingelegt*
- *8.10.79 Ankündigung seiner Einberufung, da der Antrag auf Kriegsdienstverweigerung nicht fristgerecht gestellt wurde.*
- *Einberufung am 2. Januar 1980*

Am 2.1.80 meldet sich Ansgar „freiwillig" in der Graf-Stauffenberg-Kaserne in Sigmaringen. Er verweigerte jegliche Annahme von Befehlen und beabsichtigt in einen Hungerstreik zu treten.

Die Konsequenz seines Handelns:

Arrest wegen Befehlsverweigerung bis zu 3 x 21 Tage.

Nach seiner vorläufigen Entlassung wird er vor Zivilgericht gestellt und kann bis zu einer Höchststrafe von 5 Jahren Knast verurteilt werden.

Die Unterstützung von Ansgar Gebhard könnte folgendermaßen aussehen:

- *Briefe und Telefonanrufe an die Kaserne um seine Entlassung zu fordern*
- *Briefe an Ansgar um ihm moralischen Halt zu geben*
- *finanzielle Unterstützung (A. Gebhard, Hochrheinsparkasse Waldshut, Kto.-Nr. 00-177881)*
- *Unterschriftenaktionen*

Für genauere Informationen wendet Euch bitte an die Kontaktadresse:

Ingrid Fehle, Fenkenmühle, 7981 Horgenzell, Tel. 07504/598

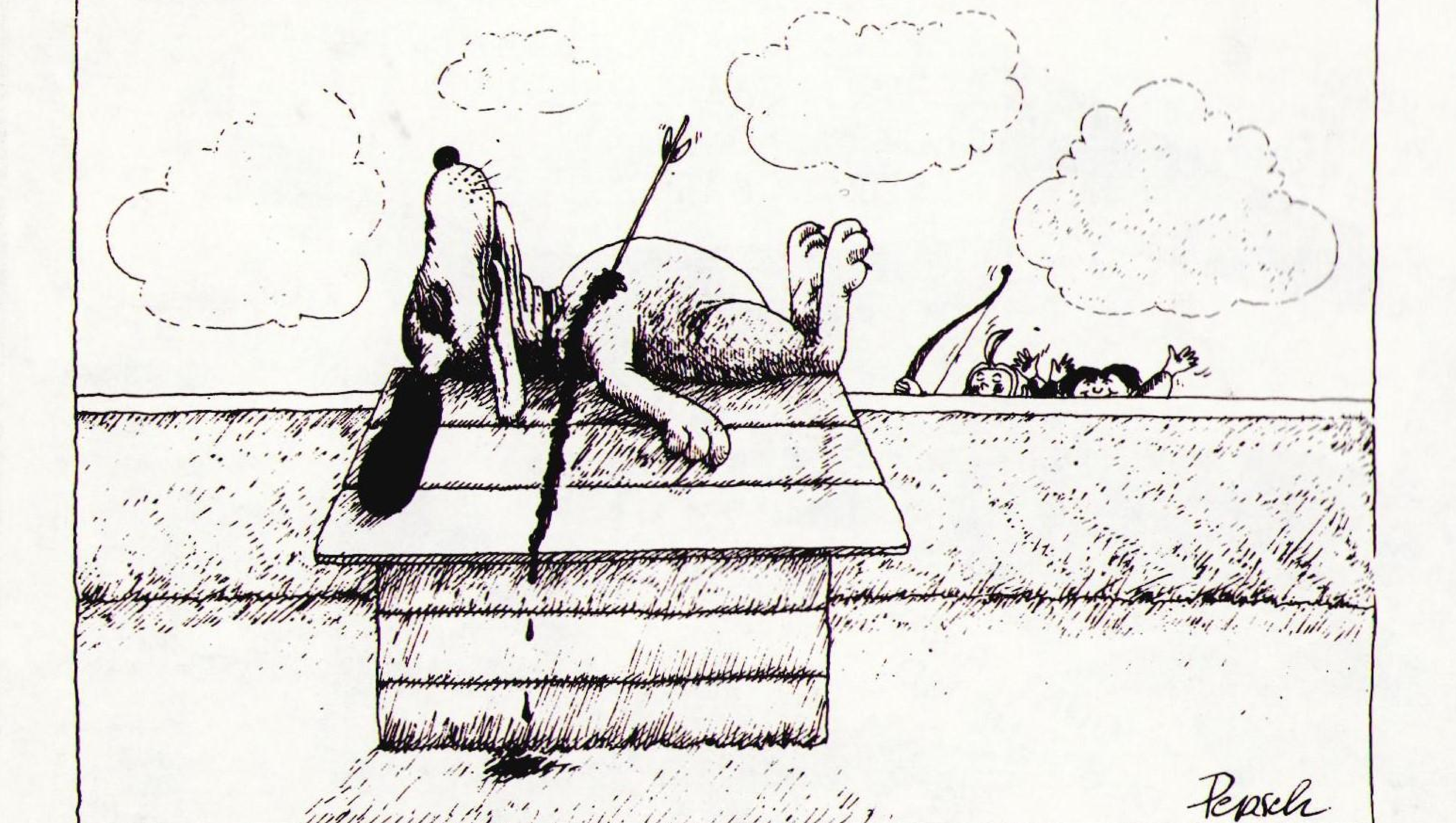
**Ansgars Adresse:
A. Gebhard, Graf-Stauffenberg-Kaserne, 6. Flugabwehrregiment 10, 7480 Sigmaringen, Tel.: 07571/1661**

Ein Anruf beim Arbeitsamt

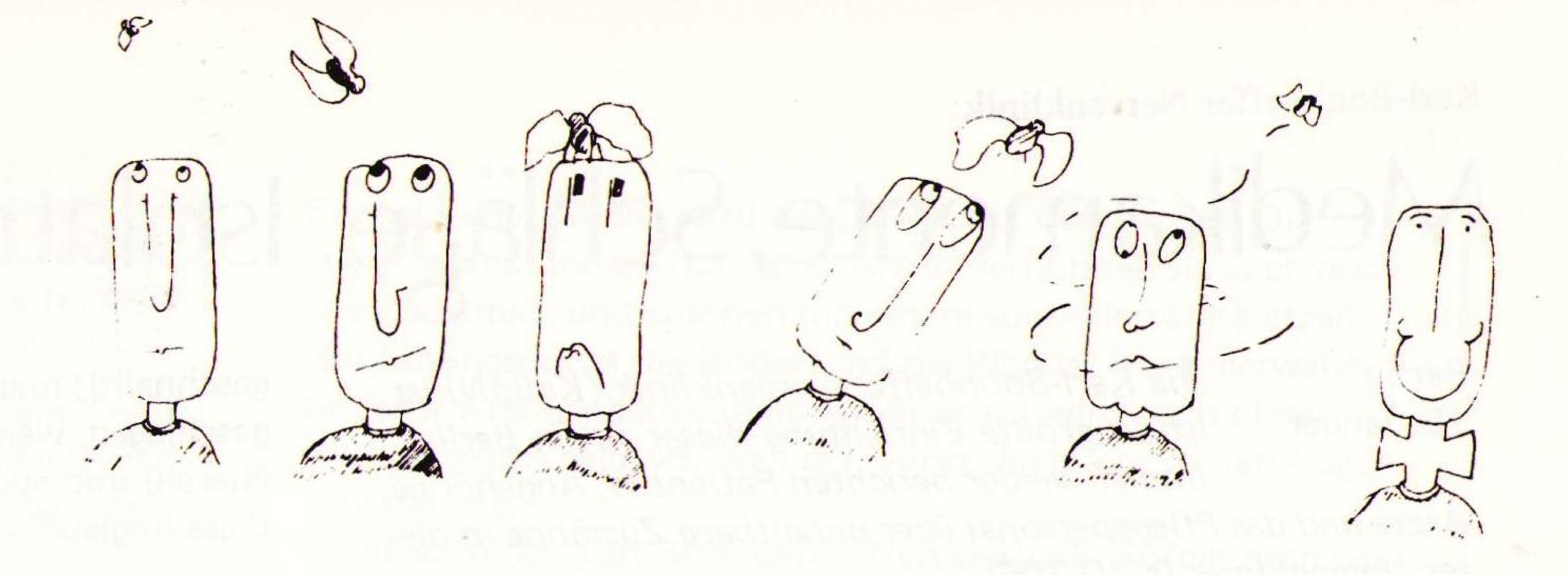
Ein Heidelberger teilt mit, daß der Anschlag der RZ auf die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg in Heidelberg offenbar ‚Nachahmer' gefunden hat. Dazu ein Ausschnitt aus der Heidelberger ‚Rhein-Neckar-Zeitung' vom Freitag, 11.1.1980:

Es tickte keine Bombe

Eine gute Stunde, von 10,49 bis 11,50 Uhr durchsuchten gestern 32 Beamte der Heidelberger Schutz- und Kriminalpolizei das für diese Zeit geräumte Gebäude des Arbeitsamtes. Im gleichen Zeitraum waren auch die angrenzenden Straßen gesperrt. Vorausgegangen war ein Anruf, den die Telefonistin des Amtes annahm und bei dem eine Männerstimme erklärte „In Ihrem Amt tickt 'ne Bombe". Dann wurde aufgelegt. Da entgegen sonstigr Anrufe dieser Art keinerlei Uhrzeit genannt worden war, mußte die Polizei auf schnellstem Weg, also mit Martinshorn und Blaulicht zum Einsatz. Gefunden wurde nichts, so daß die Vorsichtsmaßnahmen wieder aufgehoben werden konnten. Nach Angaben der Telefonistin seien bei dem Gespräch keine Hintergrundgeräusche zu hören gewesen, ihrer Ansicht nach habe der Anrufer Heidelberger Dialekt, eventuell mit einem Wieslocher Einschlag gesprochen.



EKELHAFTER TERROR DUBIOSER GRUPPEN
KREIDEWEISSER KOLLEGE KRANKGESCHRIEBEN



Sein, oder nicht sein.

BREMEN (ID)
16.Januar

Schon wieder ist der ID nicht auf der Höhe der erschütternden Ereignisse. So bleibt mit einmonatiger Verspätung nur noch nachzutragen, daß Radi Jeber, Polizeireporter der fortschrittlich liberalen (pro AKW's) Bremer Tageszeitung „DER WERDER BÜRGER" bereits vor Weihnachten aus der Privatklinik entlassen worden ist.

Wie dem erst gestern erschienenen „Info Bremer Unerkannter Gruppen" zu entnehmen ist, wurde dem Polizeireporter am Montag, den 17.Dezember speiübel, worauf sein Chef ihn erst versehentlich in die Ausnüchterungsanstalt, dann jedoch in die Privatklinik „Dr. Axel Springer Stiftung" in der Gartenstadt Vahr fuhr, wo Jeber umgehend krankgeschrieben wurde.

Wie es zum bedauerlichen Kollaps des als bedacht und umsichtig geschätzten Kollegen kam, erfahren wir aus Jebers Basisbericht, den er an den ID geschickt hat und der lediglich aus Platzgründen gekürzt werden mußte:

„. . . (als) ich am Montag während des Frühdienstes, wobei ich noch nicht gefrühstückt hatte, die folgende Bekanntmachung auf meinem Schreibtisch fand:

‚Müll im Vorgarten von Herrn Dietrich Kroge

GESUCHT

werden die Täter,
die in der letzten Nacht (16.12.79) einen Müllberg im Vorgarten unseres geschätzten und geehrten Prokuristen
Herrn Dietrich von Kroge
aufgeschüttet haben. Sie haben ihn damit in seiner Funktion als Vertreter der Siemens AG getroffen.

Die Tat ist deshalb so besonders empörend, weil die Geschäftsleitung der Siemens AG über ihre Tochtergesellschaft KWU mit Eifer dazu beiträgt, den Bau der ersehnten Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben zu ermöglichen und den Wohlstand des Hauses Siemens zu vermehren.

Wir bewundern den Mut der Geschäftsleitung, den Bau der Wiederaufbereitungsanlage voranzutreiben, obwohl die Sicherheit der Atomenergie, der Wiederaufbereitung und der Atommüllendlagerung völlig ungelöst sind. . .'

„Ich erspare Euch", schreibt Radi Jeber, „das weitere Gefasel über die Gefährdung durch AKWerke, Mülltransporte oder das — bekanntlich bombensichere! — Zwischenlager in Esensham sowie Verweise auf Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg. Die Bekanntmacher schließen ihr Gesuch mit den platten Worten:

‚Wir wollen nicht mit den Gefahren des Atommülls leben, nur damit wenige mehr verdienen. Deshalb der Müll vor der Haustür des Herrn Kroge als Zeichen des Widerstandes hingeschüttet am Sonntag, dem 16.12. um 23.55 Uhr.' "

Wie jeden Tag rief Jeber auch jetzt den Kollegen Polizeiobermeister B. bei der Pressestelle der Landespolizei an: „Ich erfuhr dabei, daß Siemens-Prokurist von Kroge nicht das Geringste mit dem Kernkraftwerksbereich zu tun hat. Ich griff mir den Fotoapparat, weil ich vom Müllberg vor Kroges Haus als knalligem Aufmacher auf der ersten Lokalseite des folgenden Tages einen gewissen bürgerschreckhaften Effekt erwartete, und fuhr hin. Tatsächlich roch es da so ekelhaft, daß ich im Nu zu meiner Reporternasen-Abklemm-Klammer griff und sie justierte, um in der Folge mehrere Filme mit Porträtaufnahmen des Mülls aus nächster Nähe zu schießen. . . "

„. . . und wieder in der Redaktion verfaßte ich folgende Meldung:

MÜLL-TERROR GEGEN KONZERN

Mit terrorähnlichen Methoden versucht eine dubiose Gruppe militanter Kernkraftgegner die Verwaltung der Zentral-Niederlassung Bremen der Siemens AG unter Druck zu setzen. Das Siemens-Tochterunternehmen Kraftwerksunion (KWU) erstellt unter anderem nuklearbetriebene Kraftwerke. Jüngster Anschlag: Eine fragwürdige Bürgerinitiative gegen Atomanlagen ohne namentlich genannte Verantwortliche bombardierte den Vorgarten eines Siemens-Prokuristen in der Gartenstadt Vahr mit ekligem Müll, obwohl dieser Mann nicht das Geringste mit dem Kernkraftbereich zu tun hat. Schon einen Monat zuvor hatten angebliche Umweltschützer einen Riesenberg von Flaschen und anderem Müll vor der Siemens-Zentrale in Bremen klammheimlich abgeladen. Ausserdem wurden bei einer anderen Aktion Hetzplakate mit einem Spezialleim an die Scheiben im Erdgeschoß der Siemens-Zentrale geklebt. Schaden durch den dabei verwandten glaszerstörenden Leim: 20 000 Mark.
ri.

Ich war fast fertiggeworden, als der Chef in der Tür erschien, sich aufkreischend an den Hals faßte, so daß ich laut lachen mußte, während der Chef schon wieder verschwunden war. Erst jetzt merkte ich, daß ich ja vergeßlicherweise immer noch meine sicherlich seltsam anmutende Nasenklammer trug und entfernte sie sofort. Dummerweise!"

Ersparen wir dem Leser Radis weitere Ausführungen. Fest steht: Jeber war beim Fotografieren leichtsinnigerweise auf dem Müllberg herumgestampft. Nach Entfernen der Klammer „bombardierte" ihn der Geruch des „ekligen Terror-Mülls", der an seinen Schuhen und Hosenbeinen noch immer klebte, wie eine konzentrierte Industrieabgas-Wolke und schickte ihn auf einen genuinen Terrormüll-Trip, obwohl Radi doch nicht das Geringste mit dem Kernkraftwerksbereich zu tun hat.

Kollege Radi ist kein Dummkopf und gewarnt. Neuerdings verfaßt er nicht mehr ekelerregende, sondern nur noch „aufregende" Meldungen, wie folgt:

ATOMFASS SORGTE FÜR AUFREGUNG

Ein am Hillmannplatz abgestelltes Faß hat Sonnabend Nachmittag Unruhe ausgelöst und die Sicherheitsbehörden auf den Plan gerufen. Der Grund: Es war gelb-schwarz gestrichen.

Karl-Bonhoeffer Nervenklinik:

Medikamente, Schläge, Isolation und..........

Berlin 15. Januar *Die Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik (KaBoN) ist ist die größte Einrichtung dieser Art in Berlin. Immer wieder berichten Patienten, Angehörige, Ärzte und das Pflegepersonal über unhaltbare Zustände in dieser Nervenklinik (s. ID 306).*

Der Senat der Stadt Berlin wäscht jedoch weiter seine Hände in Unschuld. Einzige Reaktion auf die nach außen gedrungenen Vorfälle in der KaBoN: Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs für einen Neubau.

Die Klinikleitung hat kein Interesse, daß Vorfälle der KaBoN an die Öffentlichkeit dringen. Dies mag wohl darin begründet sein, daß die Insassen permanent von Ärzten und Plegepersonal, meist in Form von Medikamenten, öfter auch mit körperlicher Gewalt „ruhiggestellt" werden.

Die Herausgeber von „Eingriffe" – Unbeliebte Nachrichten aus den Berliner Krankenhäusern – schreiben in der Nr. 18 über die KaBoN:

„ Aber, um es klar auszudrücken: die Klinikleitung, insbesondere Keup (Ärztlicher Direktor, Anmerk. d. Red.), will eine solche Veränderung der KaBoN gar nicht, (es geht um das Fehlen eines therapeutischen Konzepts, Anmerk. d. Red.) sondern eine psychopharmakazentrierte Verwahrpsychiatrie."

Ein ehemaliger Patient, der wegen Drogenabhängigkeit verurteilt wurde (Urteil: 5 Jahre Haft und gleichzeitige Unterbringung in einer Nervenklinik), schreibt über seine Erlebnisse in der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik:

E-Raum

Können Sie sich vorstellen, daß man Menschen über Wochen und Monate in einen vollkommen leeren und kahlen Raum einsperrt; nur mit einem Nachthemd bekleidet und einer Matratze zum Schlafen, welche auf den kalten Betonfussboden gelegt wird?

Können Sie sich vorstellen, dass in diesem Raum das einzige Fenster – es ist aus Sicherheitsglas – nie geöffnet wird, und man so gut wie keine frische Luft bekommt?
Der in diesem Raum vorhandene Ventilator soll Frischluft bringen, aber auf Grund des Alters (ich schätze das Alter auf mindestens 10-15 Jahre) macht er nur ein klingelndes, nervenaufreibendes Geräusch.

Man kann wählen zwischen 24-stündigem monotonen Klingeln, oder aber 24 Stunden schlechter Luft, wobei Kopfschmerzen, Übelkeit und Depressionen die Folgen sind.
Sanitäre Anlagen wie Toilette und Waschbecken existieren in diesem Raum nicht; wenn man Glück hat, bekommt man einen Nachttopf hineingestellt; muss man anderweitige Bedürfnisse verrichten, muss man unter Aufbietung aller Kräfte gegen die Stahltüre klopfen oder treten um gehört zu werden.

Dass man teilweise länger als 1/2 Stunde treten und klopfen muss, liegt daran, dass dieser „E-Raum" in einem abgesonderten Flur ist, der wiederum durch eine 2. Tür verschlossen ist.

Ist zufällig einmal ein Pfleger da – meistens sitzen sie im VZ (Verordnungszimmer) und spielen Skat – wird man gehört; ansonsten muss man sehen, wohin man „macht".

Ruhe und Ordnung

Der Raum ist so gebaut, dass in ihm ABSOLUTE STILLE herrscht. Motzen die Patienten auf, werden sie zusammengeschlagen, und ich kann Ihnen Namen nennen, welche bezeugen können, dass sie des öfteren zusammengeschlagen und fixiert wurden (fixieren = mit den Armen und den Füssen ans Bett geschnallt); meist werden diese armen Patienten auch dann noch geschlagen, wenn sie gefesselt sind (mit dem Schlüssel in die Nieren) und auch hier kann ich zahlreiche Namen nennen, die diese unglaublichen Dinge bezeugen können.

Mich persönlich hat man noch nie geschlagen. Man hat es einmal versucht, aber es ist auch bei diesem einen Versuch geblieben. Er hat 2 Pflegern 3 Zähne gekostet.

Ich habe gesehen (und andere haben es gesehen), dass ein Patient, als er schon gefesselt war, von drei Pflegern blutig geschlagen wurde. Er war im E-Raum ans Bett gefesselt (die Türen standen offen und wir hörten ihn schreien und sahen die Pfleger mit blutbeschmierten Kitteln und einer mit blutbeschmierten Matratze aus dem Raum kommen.)

Da man mich nicht schlagen konnte (ich lasse mich nicht grundlos schlagen) wurde ich 12 WOCHEN in diesen „E-Raum" eingesperrt. 12 lange Wochen in der totalen Isolation, und ich habe Monate gebraucht, um mich von dieser Höllen-Zeit – denn es war die Hölle - zu erholen. In dieser Zeit sind mir 4 behandlungsdürftige Zähne weggefault, weil man mich nicht dem Zahnarzt vorführte. Nach wochenlangen irrsinnigen Schmerzen (Sie können mir glauben, dass es höllische Schmerzen sind, wenn einem langsam der Nerv abfault) wurde ich endlich – an beiden Händen gefesselt – dem Zahnarzt vorgeführt; aber da waren meine Zähne schon kaputt und mussten gezogen werden.

Ich bat in dieser Zeit mehrmals um etwas zu lesen; ich bekam aber nur die Bibel – sonst nichts.
Meine Eltern, die mich besuchen wollten, wurden abgewiesen; man erzählte ihnen, dass ich in „Therapie" sei.
Ebenso wurden meine Ehefrau und mein Bruder abgewiesen; ihnen wurden die gleichen Lügen aufgetischt.

Nach 4 Wochen erst, konnte ich das erste Mal in den Hof. Alle anderen Patienten wurden dann abgesondert und ich wurde – von 2 Pflegern begleitet – in den Hof geführt – 1/2 Stunde am Tag – .
Einmal in der Woche durfte ich duschen; dazu wurde ich in den Duschraum eingeschlossen.

Zahlreiche Briefe, die ich in diesen Monaten an meinen Verteidiger schrieb, sind niemals angekommen. Diese Briefe waren eine Art „Hilferuf", denn es gab Tage, an denen ich zu erstikken glaubte. Hinzu kommt noch, das es gerade Sommer war und eine unerträgliche Hitze in diesem „E-Raum" herrschte. Die Heizung war seltsamerweise ununterbrochen an, und sie war so konstruiert, dass sie unter dem Be tonfussboden in Röhren angebracht war.
Man kann sich die Qualen vorstellen, die ein Mensch erdulden muss, wenn bei einer Sommertemperatur von mehr als 30 Grad Celsius die Heizung an ist; zumal wenige Zentimeter unter der Schlafstelle.
Viele Patienten haben diese Isolationsfolter nur mit Schäden überstanden. Die Persönlichkeit war dermaßen verändert, dass man befürchten mußte, dass dieser Patient niemehr der Alte sei.

Begründet wurden derartige Foltermethoden damit, dass man sagte: Sicherheit und Ordnung. Und eine andere Begründung kannte ich nicht.

Ich kann mich noch gut an ein Ereignis entsinnen; es war im August 1978: Patienten haben das Gesundheitsamt angeschrieben, und die unwürdigen Zustände geschildert. (Ich habe das aber erst hinterher erfahren). Eines Morgens kamen sie in meinen Raum; 5 Pfleger. Früh um 9.00 Uhr war es. Man teilte mir

mit, dass heute die halbe Stunde Hofgang ausnahmsweise früher stattfindet. Ich war sehr erstaunt, denn es regnete in Strömen. Ich wollte nicht mit, aber da man mir Gewalt androhte, sagte ich: o.k. Jungs, ich weiche der Uberzahl.

Am nächsten Tag erfuhr ich dann, (per Zettel), das ein Komitee vom Gesundheitsamt ganze 2 Stunden anwesend war. Ich habe mich auch noch an diesem Tag darüber gewundert, dass man mir 2 Stunden Hofgang bewilligte.

Patienten erzählten mir, dass man meine Matratze und meinen stinkenden Nachttopf aus dem Raum beseitigt habe, und die Fenster geöffnet habe. Das Komitee sollte den Eindruck haben, dass die Patienten „Märchen" erzählen.

Klatsch, Klatsch, Klatsch

Nachts hörte ich oft das Klatschen, wenn man die Patienten ohrfeigte, und ich hieb in ohnmächtiger Wut gegen die Stahltüren, und schlug mir die Fäuste blutig, und schrie in meiner Wut und meinem Hass, daß sie doch aufhören sollen, diese armen „Schweine" zu schlagen, da sie sich nicht wehren können. Und sie sollen.... ach ich weiß nicht mehr, was ich geschrien habe.
Sie schlugen weiter. Klatsch, klatsch, klatsch. Meist war es die Zeit, wo andere Patienten geschlafen haben, und niemand auf den Fluren war. Um 19.00 Uhr werden die Zimmer verschlossen. Aber sie prügelten auch tagsüber und meinten, da die meisten Patienten sowieso einen „Jagdschein hätten", können sie prügeln. Manchmal mussten sie mehrmals am Tag ihre Kittel wechseln.

In dieser Zeit hätte ich das erste Mal in meinem Leben morden können, und zwar, ohne mit der Wimper zu zucken.

Einmal in der Woche wird der „E-Raum" desinfiziert. Die Putzfrauen kommen (bei ihrer Arbeit verhöhnen sie auch noch die Patienten) und wischen mit einem speziellen stark ätzenden Lösungsmittel die Böden und die Wände. Normalerweise (in jeder Krankenhausabteilung war es so) wird nach dieser Desinfizierung gelüftet, weil der Dunst doch sehr in den Augen gebrannt hat.
Nicht so in der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik. Sofort nach der Reinigung musste ich wieder in den Raum. Stundenlang brannten mir Augen und Fussohlen (Schuhe hatte ich keine).

Machte ich Protest, erschienen 5 Pfleger. (einmal waren es sogar 11). Man hatte einen Bleistift bei mir entdeckt und ein Stückchen Papier. Ich wollte Briefe schreiben. Der Diensthabende wollte mir diese Sachen wegnehmen. Aber das ging nicht. Da kamen sie mit 11 Pflegern. Sie stellten sich um mich herum, und zogen ihre Kittel aus (ich wusste aber, dass es nur eine psychologische Einschüchterung war) gab aber trotzdem klein bei — ich hatte es satt, ewige Auseinandersetzungen (meist körperlicher Art) zu erleben.

Seltsamerweise haben sie mir gegenüber immer „auf die liebe und nette Art" gemacht (Schulterklopfen usw.). Sie haben wohl gemerkt, oder gespürt (ich habe es ja auch gesagt), daß, wenn sie mich anfassen, dafür „bezahlt" wird — dass jeder einzelne „bezahlen muss".
Der „Krieg" hat sich dann psychologisch fortgesetzt, und ich möchte Einzelheiten sparen, da ich keinen Roman schreiben möchte, sondern einen TATSACHENBERICHT.

Nach 12 Wochen bin ich dann endlich herausgekommen, und Sie können mir glauben, dass ich vollkommen fertig war.



Nun stellt sich die Frage, WARUM 12 Wochen „E-Raum" ? ? ?
Weil ich aus dieser Hölle 2mal entwischte (ausgebrochen bin), weil ich es nicht mehr sehen konnte, wie dort Menschen behandelt werden, und wie sie kaputt gemacht werden – SYSTEMATISCH KAPUTT GEMACHT WERDEN, mit Drogen wie HALOPERIDOL u. NAUROZIL in einigen Fällen werden diese besagten Drogen sogar vermixt.

NEUROZIL u. HALOPERIDOL

Ich war 10 Jahre rauschgiftsüchtig, und glaube, eine Vielzahl von Drogen zu kennen; Opiate, Tabletten und Psychopharmaka, aber ich habe noch nie eine derartig schlimm wirkende Droge ausprobiert.

Ich will versuchen zu schildern, wie diese Drogen wirken. Nachdem ich diese Patienten beobachtet hatte, die permanent und in aussergewöhnlich hohen Dosen (3x am Tag) dieses Höllenzeug bekommen, beschloss ich einen kleinen Versuch zu machen. Ich nahm also einen Bruchteil dessen, was diese Patienten bekamen.
Nach einer Stunde war mir erst einmal speiübel, und ich hatte einen vollkommen ausgetrockneten Mund, obwohl ich laufend Flüssigkeit zu mir nahm.
Nach 2 Stunden konnte ich schon nicht mehr die Realitäten erkennen, und mein Bedürfnis, Flüssigkeit zu mir zu nehmen, wurde zunehmend verstärkt. Mal wurde mir heiß, mal wurde mir kalt. Ich konnte nicht ruhig sitzen und ich konnte nicht ruhig liegen und ich konnte nicht ruhig stehen. Mal hatte ich das Gefühl, Zement in meinen Muskeln zu haben, und ein anderes Mal glaubte ich, ich wäre aus Gummi.

Ich fühlte mich schwach; jede Bewegung rief Herzklopfen hervor und anschliessende Schweißausbrüche. Mein Stuhlgang funktionierte überhaupt nicht; ich hatte das Gefühl, daß meine Därme nicht mehr arbeiten (heute ist mir auch klar, warum einige Patienten des öfteren Einläufe bekamen).

Kurz um, ich habe eine Woche gebraucht, bis ich mich soweit erholt habe, daß ich wieder etwas lesen konnte. (Die meisten Patienten können noch nicht einmal lesen, da Neurozil und Haloperidol sehr auf die Augen schlägt; genau wie bei den Augentropfen ATROPIN, die Augenfachärzte verwenden, um Pupillen zu erweitern)

Und dieses Höllenzeug bekommen diese Patienten nun 3 Mal am Tag in hohen Dosen, über Monate, ja sogar über Jahre.

Es sind meist alles friedliche Patienten, die an und wann mal einen Lachanfall bekommen, oder anderweitige neurotische Leiden haben.

Es ist gang und gäbe in der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, daß man Patienten droht (weil sie von ihren Rechten Gebrauch machen wollen und Anwälte anrufen wollen), daß, wenn sie keine Ruhe geben, eine Neurozilspritze bekommen; meist schon Erfahrung mit diesen Drogen gemacht, verzichtet der Patient auf seine Rechte.
Es bleibt ihm ja auch nichts anderes übrig; wenn er weiterhin auf sein RECHT besteht, wird er von 2 Pflegern gepackt und bekommt eine Spritze in den Hintern; im Rapportbuch steht dann: „ der Patient x war renitent, und was in diesem Rapportbuch steht, ist für die Arzte HEILIG und bindend.

Glauben Sie mir: in dieser Klinik habe ich viel SUBSTANZ lassen müssen. Meine Augen sind glanzlos geworden; meine Haare sind stumpf geworden; ich habe einen Sprachfehler; mir fehlen 4 Zähne; ich wiege nur noch 70 kg und das bei einer Größe von 185 cm. Mein Gesicht ist grau und hohlwangig geworden; ich leide an permanenten Depressionen; ich bin in dieser Zeit um 10 Jahre gealtert. Das einzige was sie nicht zerstören konnten ist meinen GEIST und meinen INTELLEKT; hätten sie es getan, wäre ich nicht in der Lage, diesen Bericht zu schreiben.

Kontakt: Manfred St einke, Seidelstr. 39, 1 Berlin 27



Über die Wirkung von Haloperidol und anderer Pharmaka

Der Dissident Leonard Pluschtsch, der den Terror der sowjetischen Psychiatrieanstalten überlebte, berichtete im Spiegel Nr. 48/79 über die Wirkung von Haloperidol:

Spiegel: „Welche Medikamente bekommen die Politischen?"

Pluschtsch: „Verschiedene, die einen Schwächere, die anderen Stärkere, Haloperidol ist am gefährlichsten.

Die Wirkung des Haloperidol sehe ich in der Quarantäneabteilung. Einer krümmt sich in Krämpfen, er kann nicht liegen, richtet sich auf, den Kopf zur Seite gedreht, die Augen quellen aus den Höhlen. Ein Anderer keucht, die Zunge ausgestreckt. Ein dritter schreit nach der Schwester, fleht und bettelt um ein Korrektivmittel, daß die physischen Wirkungen des Haloperidol aufhebt. Sie verabreichen das viele Haloperidol zur Einschüchterung, um den Widerstandswillen zu brechen und die Simulanten auszusondern. Weil in der Abteilung maximale Dosen von Neuroleptika und Schwefel verabreicht werden, wagt kaum jemand mit ihr (die Ärztin) zu diskutieren.

Unter dem Einfluß meiner Umgebung und größerer Dosen Neuroleptika verändere ich mich immer mehr. Ich werde emotional und moralisch stumpf, leide an Gedächtnisschwund, kann keine zusammenhängenden Sätze mehr bilden. Die Angst, den Verstand zu verlieren, wächst.

Seit Jahren berichtet die Presse von den Vorgängen in der psychiatrischen Sonderanstalten in der UDSSR.

Das schlimmste Foltermedikament ist Holoperidol, welches in der Bundesrepublik hergestellt wird. Es wird nicht nur in die Horrorkliniken Rußlands exportiert, sondern auch tonnenweise in unseren psychiatrischen Kliniken an die Insassen zwangsweise verabreicht.

Gespräch mit einem 25-jährigen Mann, der 3 Jahre in der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik verbrachte.

? ? ? Wie lange warst Du in dieser Klinik

!!! *Einmal 2 Jahre hintereinander und einmal ein Jahr zeitweilig.*

? ? ? Weißt du noch, mit welchen Medikamenten du dort behandelt worden bist

!!! *Neurozil, Megaphem, Haloperidol, Glianimon, Leogen, Triperidol (der Rest ist mir entfallen)*

? ? ? Welche Medikamente haben am schlimmsten gewirkt

!!! *Haloperidol, Glianimon, Neurozil und Leiogen*

? ? ? Wie hat das Haloperdiol bei Dir gewirkt

!!! *Ich hatte eine unbeschreibliche Leere im Kopf, und am ganzen Körper hatte ich Krämpfe. Ich konnte nicht ruhig sitzen. Ich konnte stehen und mußte immer laufen. Die Krämpfe hielten ununterbrochen an und ich habe dagehangen wie ein Irrer.*

? ? ? Wie oft am Tage (und in der Nacht) hast du die Medikamente bekommen

!!! *Morgens, Mittags, Abends und in der Nacht*

? ? ? Wie wurden diese Medikamente verabreicht

!!! *Am Anfang, als ich mich noch nicht dagegen gewehrt habe, wurde ich von 4-5 Pflegern mit Gewalt ans Bett geschnallt und mein Arm wurde gerade gebogen und ich bekam die Spritze. Als ich dann durch die laufende Behandlung geschwächt war und mich nicht mehr wehren konnte, bekam ich das Neurozil, Haloperidol etc. in Tropfenform.*

? ? ? Könntest Du eine derartige Behandlung beweisen oder nachweisen

!!! *Ja, man braucht nur die Akten der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik zu holen. Dort steht alles drinnen.*

? ? ? Warum bist Du in diese Klinik gekommen

!!! *Ich habe LSD genommen und bildete mir ein, daß ich Jesus sei.*

? ? ? Hast Du Menschen verletzt oder Verbrechen begangen, oder sonst irgendwie gesetzwidrige Handlungen begangen

!!! *Nein, da ich glaubte Jesus zu sein war ich friedlich und außerdem bin ich religiös*

? ? ? Wurdest Du in der Klinik geprügelt

!!! *Ja, aber ich weiß nicht warum ich geschlagen wurde. Ich wollte das schlimme Haloperidol nicht einnehmen und auch das Neurozil.*

? ? ? Wie war das denn mit dem Schlagen; wohin hat man Dich geschlagen und wer hat Dich geschlagen

!!! *Also, die Pfleger haben mich zu 2 Personen gepackt und vom Stuhl gerissen. Dann haben sie mich auf den Knien zu meinem Bett geschleift. Die Schleifnarben an meinen Knien existieren immer noch. Dann haben sie mich fixiert und als ich fixiert war, haben sie mich einmal in den Bauch geschlagen. Sie spritzen mir dann das Neurozil in den Oberschenkel*

? ? ? Weißt Du die Namen der Pfleger, die Dich geprügelt haben

!!! *Nein*

? ? ? Hast Du gesehen, wie andere Patienten geprügelt worden sind

!!! *Ja, es war schlimm. Ein Pfleger — er hieß Svatosch, Peter, — rühmte sich damit, daß er einen schweren Dreikantschlüssel immer „auf die Birnen" (Zitat) der Patienten schlug. Einmal habe ich gesehen, daß sie einen alten Mann geschlagen hatten. Der war ans Bett geschnallt. Mit einem Arm und einem Bein fixiert. Der wollte nur aufstehen, weil er auf's Klo mußte und dann haben sie ihn einfach geprügelt und haben den anderen Arm und die andere Hand noch fixiert.*
Dann haben sie weiter geschlagen.

? ? ? Wie alt war der Mann

!!! *65 Jahre alt*

? ? ? In welchem Haus war das

!!! *Haus 3*

? ? ? Wie lange hast Du diese Medikamente bekommen

!!! *Fast 2 Jahre; immer gemixt, mal das, mal das. Man braucht nur die Akten anzufordern, da steht alles drinnen.*



Haloperidolversuch in Bonn

Monatelang dauerte 1976/77 ein Medikamentenversuch an ca. 12 Patienten der Station M 3b. Uns liegen Aussagen von Pflegern vor, die an den Versuchspatienten die Überdosis von 600 - 900 Tropfen Haloperidol verabreicht haben. Bei den meisten wurden noch andere stark wirkende Medikamente, wie Gliaminon, Tavor, Valium, Truxal etc. hinzugefügt.

Verantwortliche Ärztin war Frau Dr. Wagner. Zu dieser Zeit wurden auf der Station allein 6-8 Liter Haloperidol in der Woche verbraucht — das reicht, um eine größere Elefantenherde in Tiefschlaf zu versetzen.

(Unbequeme Nachrichten, Köln, Nr. 9)



Aussage eines 29jährigen Mannes, der in der Nervenklinik Alzey „behandelt" wurde.

Im Jahre 1979 weilte ich etwa 2 Monate in der Nervenklinik Alzey. Ich kann über das Medikament Neurozil durch eigenes Erleben nur negatives berichten. Ich bekam Krampfzustände ,Angstzustände und Schwindelanfälle. Ich kann in meinem Falle nur Negatives über das Medikament berichten. Mein Kopf fühlte sich wie Watte an und ich konnte nicht klar Denken.

Die Berichte und Aussagen von ehemaligen Patienten legen klar zu Tage, welche Schweinereien in der deutschen Psychiatrie passieren.
Allseits beliebte Therapie scheint neben Schlägen der Einsatz von Haloperidol zu sein.
Ich denke, das es jetzt an der Zeit ist, einer größeren Öffentlichkeit die Zustände in den „Irrenanstalten" vor Augen zu halten.
Neben einem Austausch von Informationen, der Leute die sich mit Psychiatrie beschäftigen, wäre es zum Beispiel zu überlegen, ob die möglichkeit besteht, ein Tribunal über die Zustände in Knast und Psychiatrie abzuhalten. Was denkt ihr?

Waldemar/ID

EIN BRIEF VOM LANDE:

Hallo Leute!

Wir, Stephan, Judith, Peter leben seit fast einem Jahr in der Pfalz (Beckerbach) in einer alten Kneipe mit großem Tanzsaal und auch so ner Menge Platz. Beckerbach ist ein ziemlich k'einer Ort in der Pfalz, ungefähr 750 Einwohner.

Wir haben das Haus mit 10 000 DM angezahlt und zahlen den Rest über 2 Bausparverträge ab.

Wir hatten echt keine Böcke mehr in dieser Stadt-Scheiße länger zu funktionieren. Wir wollen keine kleinen Roboter mit Stechuhren im Hirn werden. „Also, wir raus, auf's Land". Haben erst mal die Kohle verlebt, die wir uns im jahrelangen Roboterdasein zurückgelegt hatten. Machten uns echt mal Luft von allem und zogen ein bißchen Bewußtsein durchs Pfeifchen. Wir sind alle drei große Fans von Marijuana u. Haschisch und sind nach jahrelangem Genuß der felsenfesten Überzeugung, das Marijuana u. Hasch nicht wie Alkohol (Volkssorge Nr. 1) stumpfsinnig, funktionswillig u. manipulationsfreudig, sondern kreativ, bewußter und nachdenklich stimmen.

Als wir eines Tages mal gut drauf waren und einen Trip nach Luxemburg machen wollten, schlug die Falle zu. Am Grenzübergang Trier (Wasserbilliger-Brück) wurden wir „im Namen des Volkes" von uniformierten Grenz-Mäusen festgehalten.

Begründung: Verdacht auf Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Beweis: Eine Pfeife u. angebliche Haschischrückstände in 2 unserer Ausweise.

Die Bullen wollten wissen, wem die Pfeife gehört und wegen der angeblichen Haschischrückstände in den Ausweisen „Nix verstehen"!!? ? !! Als dieses dämliche Verhör zu Ende war, ließen sie uns nicht mal über die Grenze fahren, Grund: An ihrem PKW ist der Vorderreifen abgefahren (Mängelbericht). Das Verfahren „Vergehen gegen das BtmG" wurde am 2.11.79 mangels Beweisen eingestellt.

Am 23.11.79 haben 6 Kriminal-Ratten und ein Zeuge mittels eines Hausdurchsuchungsbefehls Judith, die alleine im Hause war, aus dem Bett geklopft, das Haus auf den Kopf gestellt und nach 2-stündigem Suchen 5 Marijuana-Pflanzen, Pfeifen, Photos, Negative usw. gestohlen (beschlagnahmt). Seither kriegen wir öfter mal Post mit schönen großen Stempeln drauf. Wir haben auch bei einem Verhör, das unsere Zustimmung nicht fand, beiläufig erfahren, das unser Haus seit dem Zwischenfall an der Grenze, ungefähr April, überwacht wird.

Irgendjemand haben die auch angemacht zum Autonummern aufschreiben. Die Leute, die hier im Dorf leben, haben das sicher schon alles geschnallt, aber an dem Verhältnis, das wir im Laufe dieses Jahres zu den Leuten bekommen haben, hat sich eigentlich nichts geändert. Die einen, nähere Nachbarschaft hilfsbereit u. freundlich, die anderen mißtrauisch u. mürrisch.

Hier in Beckerbach ist es echt schön, gute Landschaft und so. Wir konnten sie in der letzten Zeit leider nicht mehr so oft genießen, da wir uns mal wieder an Arbeitgeber verkaufen mußten. Aber das soll dieses Jahr aufhören.

Und deshalb brauchen wir euch, 3 - 4 gleichgesinnte Freaks, Frauen, Typen, die ungefähr auf unserer Wellenlänge liegen und Böcke haben, irgend etwas mit Landwirtschaft oder was weiß ich was zu machen. Wir wollen einfach unser Leben führen, wir wollen mit diesen 80% Plastik-Menschen einfach so wenig wie möglich zu tun haben. Wir wollen unsere Marijuana Pflanzen zurückhaben und wir wollen, das man uns in Ruhe läßt. Also kommt mal, schreibt mal.

Absender: Peter, Judith, Stephan
6761 Beckerbach 1
Karlsgasse 99

SPIEGLEIN, SPIEGLEIN AN DER WAND: WER HAT DIE ALTERNATIVSTE MUTTER IM GANZEN LAND?

FRANKFURT
1. Dezember

Die Dokumentation "Geburtsort: Frankfurt" stand im ID 304. Tendenz: Geburt in der Arztpraxis ist kein "goldener Mittelweg", keine allzu gute Alternative zwischen Klinik- und Hausgeburt. Wir sollten uns intensiver um Hausgeburten bemühen, versuchen, die Geburt aus der Herrschaft der Medizin zu lösen. Eine Mutter, Ärztin und Mitverfasserin von "Mutterlust – Mutterfrust" (Reihenfolge richtig?) schrieb uns dazu. Ihr erster Beitrag bezieht sich auf die (von Richard bearbeitete) Selbstdarstellung von zwei Ärzten, den beiden einzigen, die im Raum Frankfurt Geburten in der Arztpraxis anboten.

Betr.: Richi Herding und seine Geburt

Lieber Richard, hättest du in deinem ID-Artikel einen Beitrag dazu gesehen, wie DU die Form DEINER Geburt klärst, so hätte ich bis auf ein leichtes Unverständnis darüber, wie du das Riesengelaber des Dr. Schiffer *(das war der eine Arzt)* so ungebrochen wiedergeben kannst, weiter nicht reagiert.

Doch willst du klären, welches UNSERE Form der Geburt ist. Dazu kann ich mich nicht der Polemik enthalten, die du aushalten wirst, zumal du die dazugehörigen Gefühle produziert hast. Ich stelle mir vor: wenn die Diskussionen abgeschlossen sind, die du mit deinem Artikel anregen willst, kommt dann auch ein Merkblatt heraus, damit WIR dann auch nichts mehr falsch = unalternativ = unpolitisch machen? Z.B. fände ich es auch wichtig zu wissen, in welchem Farbton das Entbindungszimmer zu streichen ist. Ich denke, es müssen da wirklich sehr viele Dinge berücksichtigt werden, nicht nur so ein einfaches Problem wie geographische Lage, Einfallswinkel der Sonnenstrahlen etc. Die Aufgabe, die du gestellt hast, ist schwierig und verantwortungsvoll.

Zu bedauern sind allerdings die Mütter und Väter mit ihren Kindern, die sich mit den linken Normen zum Thema Geburt nicht rechtzeitig auseinandergesetzt haben und in die Klinik gingen. So wie ich, und ich tat's sogar zweimal. Und hab's nicht verschwiegen, war nicht beschämt! Doch jetzt wird mir klar, ich muß sofort mit der pädagogischen Arbeit beginnen, das bin ich meinen Kindern schuldig – und mir – denn: Spieglein, Spieglein an der Wand, wer hat die ängstlichste Mutter im Frankfurter Land? Ja, das seid ihr! Spieglein, Spieglein an der Wand, wer hat die alternativste Mutter im ganzen Land? Ja, das sind wir! Auch müssen wir uns auf neue frühkindliche Verkehrsformen vorbereiten: "Du, hau den nicht, auch wenn er es verdient hätte (flüsternd), der hat die schrecklichsten Erlebnisse hinter sich, die man in unserem Alter haben kann, der wurde in der Klinik geboren!"

Du findest den guten Doktor L. *(das war der andere Arzt)* freakig-friedlich. Wieviele seiner Patienten daswohl bestätigen können? Was mich auch erstaunt, daß du so genau weißt, daß wenn es irgend geht, meiden die MEISTEN Frauen die Klinik. Rooming-in entpuppt sich ALLZUOFT als leeres Versprechen. Du bist wirklich ein richtiger Insider!

Zum Dr. Schiffer hab ich noch 'ne kleine Anfrage: würde er wohl auch dann seine Eheprobleme in den frankfurter alternativkinderreichen Vollmondnächten haben, wenn es ihm seine Berufsorganisation gestatten würde, auf frankfurter Straßenbahnen zu annoncieren? Denk mal drüber nach.

In alter Freundschaft Marita

Die zweite Kritik gilt dem Kommentar, den Marion Jaedtka-Keller (Frauengesundheitszentrum Frankfurt) zum Thema Klinikgeburt – ambulante Geburt – Hausgeburt geschrieben hatte.

Betr.: "Brief aus dem Frauenzentrum"

Liebe Marion, auf deinen Beitrag möchte ich etwas seriöser und vor allem differenzierter reagieren, da darin eine Grundhaltung wiedergegeben wird, die mich und manch andere Frau sehr betroffen machte und macht.

Ich mochte dich fragen (dabei wende ich mich nur zufällig an dich, da ich gerade deinen Artikel im ID gelesen habe, es gibt sehr viele andere Frauen, die ich ebenso fragen möchte) woher du das alles so ganz genau weißt. Das Thema Geburt scheint es in sich zu haben, daß jede(r) immer alles ganz genau weiß, und zwar nicht nur für sich – das fänd ich völlig o.k. –, sondern ganz besonders für alle anderen. Mit deiner Art der Aufklärung verbreitest du eine Atmosphäre – sicherlich nicht bewußt, aber deswegen nicht weniger unterdrückerisch – in der sich manche Frau wie eine Mutter dritter Klasse vorkommt. Die beste Mutter=Hausgeburtsmutter, die zweitbeste Mutter=Praxismutter, und was bleibt dann noch übrig? Mir erscheint es alles andere als ein hilfreiches Angebot zu sein, auf Ängste damit zu reagieren, daß man Minderwertigkeits- und Schuldgefühle produziert. Dies geschieht in deinem Artikel, dies geschieht zum Teil in unserem Buch („Mutterfrust – Mutterlust"), in dem es positive Geburtserfahrungen nur zu hause und in der Praxis zu geben scheint, und negative nur in der Klinik. Wenn man sich mit vielen Frauen unterhalten hat, ist zu erfahren, daß diese Schwerpunkte absolut nicht repräsentativ sind. Und dieses geschieht ebenfalls in den Schwangerschaftsgruppen im Frauengesundheitszentrum, wie ich von einigen Betroffenen direkt weiß.
Es ist auch ein Ausdruck dieser beschriebenen Atmosphäre, daß diese betroffenen Frauen sich nicht getraut haben, darüber zu sprechen, sondern sich noch verängstigter zurückgezogen haben. Zu deinen Zahlenangaben müßtest du also noch ergänzend hinzufügen, wieviele Frauen sich durch eine Position wie der deinigen diskriminiert fühlen als im besten Fall unemanzipiert, im schlimmsten Fall als „schlechte Mutter", weil sie meinen, IHRE GUTEN GRÜNDE ZU HABEN, in einer Klinik zu entbinden. Diese Frauen haben sich bestenfalls aus den Schwangerschaftsgruppen im Frauengesundheitszentrum zurückgezogen, schlimmstenfalls sich aber unter dem Gruppendruck, entgegen ihrem Gefühl, mit einer Riesenangst in Herz und Bauch für Praxis- oder Hausgeburt entschieden.

Du weißt, wie wichtig und hilfreich ich Arbeit von Schwangerengruppen finde, wenn sie per Aufklärung, Gemeinsamkeit und neuem Gefühl, von sich Vorurteile und Ängstlichkeit abbauen. Doch wenn es Frauen gibt, die sich als „OUTCAST" (wörtliches Zitat) fühlen, muß irgendwas sehr schief laufen, oder?

Meinst du, man kann mit feministischer Argumentation oder Gruppendruck erreichen, daß die „nicht mehr rational zu begründende Angst" (Angst ist nie rational zu begründen, das ist ja gerade das Bedrohliche an der Angst), „das Kind doch gar nicht alleine zur Welt bringen zu können", sich in Wohlgefühl und Selbstsicherheit auflöst? Ich jedenfalls erwarte von meinem Mitmenschen RESPEKT VOR MEINER ANGST, und diesen Respekt kann ich in deinem Artikel nicht finden.

Marita

Kontakt: über Telefon: 0611/ 46 32 84.

Jugendhaus Schramberg

CDU nervt Jugendhaus

(Das schockt's doch nicht, Herr Ditter!)

SCHRAMBERG 8. Januar *Schramberger Jugendliche suchen Solidarität im Kampf um die Selbstverwaltung ihres Jugendhauses. Die CDU des Ortes versucht, ihnen das Recht auf Selbstverwaltung streitig zu machen. Die Jugendlichen schreiben dazu:*

Bereits seit fünf Jahren existiert in der 20-Tausend-Einwohner-Stadt Schramberg im Schwarzwald unser Jugendhaus.

Es ist unser Jugendhaus, weil damals im Zeichen der Jugendzentrumsbewegung Jugendliche selbst dafür gekämpft haben. Und es ist unser Jugendhaus, weil es bis heute von uns selbst verwaltet wird, weil wir selbst bestimmen, was im Jugendhaus läuft und was nicht.



Stadtverwaltung und Gemeinderat haben keine Rechte in die Selbstverwaltung des Jugendhauses einzugreifen. Sämtliche Entscheidungen werden in der Mitgliedervollversammlung des Jugendhausfördervereins (JHFV = Trägerverein), von dessen Vorstand und vom „Arbeitskreis" (Versammlung der Jugendhausbesucher) gefällt. Besonders deutlich wird der Modellcharakter unserer Selbstverwaltung daran, daß der Sozialarbeiter vom Trägerverein eingestellt wird, wobei die Stadtverwaltung nur eine beratende Stimme hat.

Die Stadt Schramberg stellt das Gebäude zur Verfügung, trägt die Kosten für zwei Praktikanten und bezahlt den Sozialarbeiter (bis auf 8000 DM, die der Landkreis zuschießt). Die Zuschüsse der Stadt Schramberg für Sachkosten, die tatsächlich durch die Hände des JHFV fließen, waren bisher so minimal (z.B. Haushaltsjahr 1979 ca. 4000 DM), daß damit kaum Freizeitangebote (Veranstaltungen, Material, Werkzeuge usw.) finanziert werden konnten. Hohe Beiträge wurden von der Stadt lediglich für Renovierungsarbeiten ausgegeben, die nicht von den Jugendlichen ausgeführt werden konnten. So auch die kostspielige Erneuerung der Außenfassade des alten Hauses, damit das Jugendhaus „wenigstens äußerlich" ein gutes Bild abgibt. Den Jugendhausbesuchern, der Freizeitgestaltung und Sozialarbeit im Jugendhaus nützen diese Beiträge jedoch nichts. Den Innenausbau des Hauses, der den Jugendhausbetrieb erst ermöglicht, haben wir in jahrelanger Eigenarbeit geleistet...

Die überwiegend konservative Bevölkerung Schrambergs hegt von jeher Vorurteile gegen das Jugendhaus. Da die Jugendlichen im JH einen gewissen Freiraum genießen, da sie wenigstens zeitweise den Maßnahmen elterlicher, schulischer oder betrieblicher Erziehung ausweichen können, die den Jugendlichen mit Gewalt „auf den rechten Weg" bringen wollen. Wird das JH als Gegner dieser Erziehungsinstitutionen verstanden (was unberechtigt ist, weil wir auch Kontakte zu Eltern aufnehmen, soweit diese bereit dazu sind).

Begriffe, wie „familienfeindlich", „Haschhöhle", „Puff" und andere Bezeichnungen des Jugendhauses passen in die Denkschablonen vieler Bürger. Auch für die „Familienideologie" der CDU ist das Jugendhaus offensichtlich ein Störfaktor und daher dieser Mehrheitsfraktion im Schramberger Gemeinderat schon lange ein Dorn im Auge.

Gewisse CDU-Gemeinderäte und besonders der Direktor des Schramberger Gymnasiums R. Ditter verstanden es, die Bedenken gegen das Jugendhaus in der Bevölkerung durch Leserbriefe in der örtlichen Presse zu schüren. So wurde z.B. nach der Aufführung des Rote Grütze Stücks „Was heißt hier Liebe" unterstellt, daß Konflikte mit Eltern und Erziehern geschürt und zum Sexkonsum angeheizt werden soll.

Da wurde die Hausaufgabenbetreuung im Jugendhaus kritisiert, denn „Eltern sehen es nicht gerne, wenn ihre Kinder in dieser Atmosphäre Hausaufgabenbetreuung erfahren" (CDU-Fraktionsvorsitzender Halusa), und bei der CDU hört man immer wieder die Aussage, „im Jugendhaus wird eher gegen als mit den Eltern gearbeitet".

Die Finanzierung eines Zivildienstleistenden (ZDL) fürs Jugendhaus wurde im Verwaltungsausschuß abgelehnt, weil die CDU befürchtete, daß ein ZDL die Jugendlichen zur Kriegsdienstverweigerung veranlassen könnte.
Das Berthold Brecht Gedicht „Viele Arten zu töten", das in der Jugendhauszeitung abgedruckt war und „einen Bezug zur Realität in der BRD herstellen soll" (Ditter), ließ die Hetzkampagne gegen das Jugendhaus aufflammen, wie die Tatsache, daß wir im Jugendhaus den „linksradikalen" Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten auslegen.

Ditter, der seine Informationen gegen das Jugendhaus offensichtlich aus Verfassungsschutzberichten bezieht, warnt vor den bedenklichen Aktivitäten der DFG/VK im Jugendhaus, denn die DFG/VK führt im Jugendhaus Beratungen für Kriegsdienstverweigerer durch.

Ende 1979 kam es zu einem weiteren Zusammenstoß zwischen CDU und Jugendhaus, der nun zu einer Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts durch einen neuen Mietvertrag führen soll.

Einige Jugendliche wollten eine Gruppe der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) gründen. Die Gründungsversammlung und ein Fest sollten im Jugendhaus stattfinden. Nachdem Mitglieder dieser SDAJ CDU-Kreistagswahlplakate überklebt hatten, verlangte der CDU-Ortsvorsitzende Bullach, daß wir die SDAJ-Gründungsversammlung im Jugendhaus unterbinden sollten, da es sich nach dem Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung um eine „verfassungsfeindliche" Gruppe handele. Die Einladung zu einer Vorstandssitzung des Jugenhausfördervereins, zu der auch die SDAJ geladen war, lehnte Bulach ab. Die Gründungsversammlung fand im Jugendhaus statt. Daraufhin setzte die CDU-Fraktion in der Verwaltungsausschußsitzung vom 20.12.79 ihren Antrag durch, den bisherigen mündlichen Mietvertrag zu kündigen und einen neuen Vertrag mit u.a. folgendem Inhalt abzuschließen:

- Kein ständiges Nutzungsrecht für politische Gruppen im JH.
- Keine politischen Plakate dürfen im JH ausgehängt werden.
- Keine Materialien (Literatur, Plakate usw.) von politischen Gruppen dürfen im JH gelagert weren.
- Keine Geräte im JH, die von Steuergeldern bezahlt wurden, dürfen von politischen Gruppen benutzt werden.

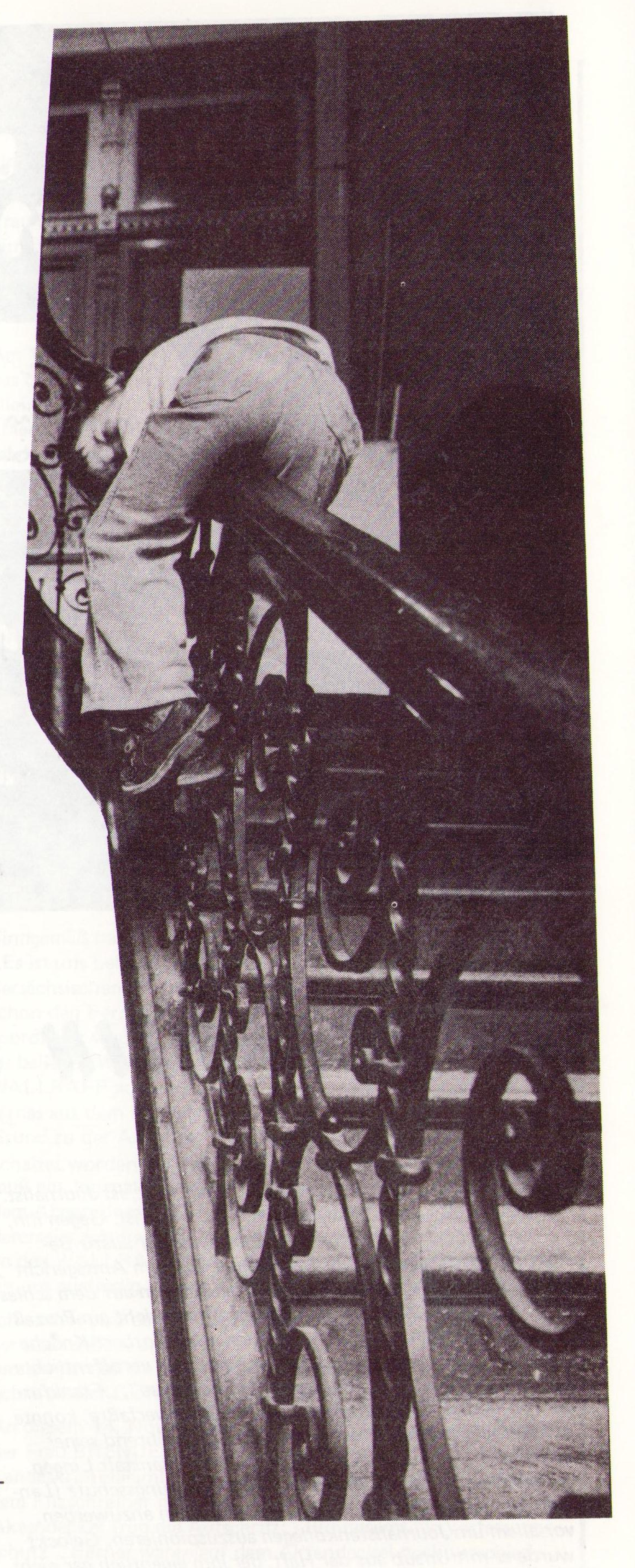
Uns geht es nicht darum, als Anwalt für bestimmte politische Gruppen aufzutreten, doch wir wollen uns das Recht nicht nehmen lassen, selbst zu bestimmen, wer ins JH reinkommt und wer nicht und was hier drin läuft.
Und wir gehen davon aus, daß jede Person und jede Gruppe, die sich unseren Regeln anpaßt, ins JH reindarf, um hier ihre Ansichten und Weltanschauung zu vertreten.
So besuchen auch die Mitglieder eines evangelischen Bibelkreises das JH um die Besucher davon zu überzeugen, daß es gut ist, dem Weg von Jesus Christus nachzufolgen.

Daß die Junge Union dagegen so wenig Interesse zeigt, das Jugendhaus zu besuchen, ihre Veranstaltungen hier durchzuführen und sich beleidigt zurückzieht, wenn Jugendliche auch unsachliche Beiträge bringen, anstatt sich mit den Jugendlichen und ihren Problemen hier auseinanderzusetzen, ist nicht uns anzulasten.
Gegen den neuen Mietvertrag, gegen die Einschränkung der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung im Jugendhaus werden wir uns wehren.

Fünf Jahre lang haben Jugendliche im Jugendhaus für das Jugendhaus gearbeitet. Es war ein sehr billiges Jugendhaus für die Stadt Schramberg. Fünf Jahre hat unsere Selbstverwaltung funktioniert. Wir lassen uns von der CDU nicht bevormunden...

Alle die, die diese Information gelesen haben – Jugendliche im Jugendzentren, kirchliche Jugendgruppen und anderswo, Sozialarbeiter, Dozenten an Hochschulen, Studenten, Arbeiter, Arbeitslose, Gewerkschaften u.a. – unterstützt uns !!!

Falls ihr Erfahrungen und Ideen habt, schreibt uns. Wir sind für jede Hilfe dankbar, Und wir brauchen das Gefühl, daß noch andere Leute hinter uns stehen, die vielleicht auch zu einer Demo zu uns nach Schramberg kommen würden.



Schreibt Solidaritätserklärungen an den **Gemeinderat, z. Hd. Bürgermeister Grüner, Rathaus, 7230 Schramberg/Schwarzwald.**
(wichtig: Solidaritätserklärungen bitte mit Durchschlag an uns: Jugendhaus in Selbstverwaltung, Schloßstraße 10, 7230 Schramberg)



DIE BEAMTIN HIESS USCHI...

FRANKFURT
15. Januar 80

Norbert Knoche, 33 Jahre alt, ist Journalist. Und zwar gefangener Journalist. Gegen ihn, der schon des öfteren mit der Justiz Bekanntschaft machte, soll am 17. Januar vor dem Amtsgericht in Niebüll (das liegt gegenüber der Insel Amrum auf dem schleswig-holsteinischen Festland) vor dem Amtsgericht ein Prozeß wegen Scheckbetrugs eröffnet werden. Weil Norbert Knoche Journalist ist und schon in etlichen Zeitungen veröffentlichte („Heim und Welt", „Neue Hannoversche Presse", „Frankfurter Rundschau"), das eine oder andere Buch verfaßte, konnte er auch sehr präzise aufschreiben, was ihm während seiner Haftzeit in der Außenstelle der Justizvollzugsanstalt Lingen, „Groß Hesepe", widerfahren ist. Der Verfassungsschutz (Landeskriminalamt Niedersachsen) versuchte, ihn anzuwerben, vor allem um Journalistenkollegen auszuspionieren. Gelockt wurde er mit Urlaub aus der Haft, der ihm eigentlich gar nicht zustand, weil einige Verfahren gegen ihn anhängig waren. Den im jetzt zur Last gelegten Scheckbetrug hat er, seinen Aussagen zufolge, aus Panik begangen. Während nämlich des vom Landeskriminalamt gemanagten — juristisch illegalen — Hafturlaubs sei er in Panik geraten, geflohen und hätte die Tat in psychisch desolatem Zustand begangen. Hier ein Protokoll des Anwerbungsversuches:

Eidesstattliche Versicherung

In Kenntnis der Tatsache, daß diese eidesstattliche Versicherung bei Gericht oder bei einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß vorgelegt werden kann — sowie in Kenntnis der Tatsache, daß die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung strafbar ist, erkläre ich hiermit an Eides statt folgendes:

Die Beamtin des Landeskriminalamtes, die mich am 9. November 1978 in der Lingener JVA-Außenstelle „Groß Hesepe" als Spitzel anwarb, hieß URSULA BRENDEL. Sie wurde von anderen Beamten des Landeskriminalamtes immer nur „Uschi" gerufen. Auch im Funksprechverkehr hat sie sich, wie ich es später selbst mithören konnte, stets mit: „Hier ist Uschi" gemeldet.

Für den telefonischen Kontakt zwischen Frau BRENDEL und mir wurden Codewörter vereinbart. Ich bekam den Tarnnamen „Kralle", während Frau BRENDEL den Tarnnamen „Darling" erhielt.

Frau BRENDEL selbst hat mir erklärt, daß innerhalb des Landeskriminalamtes „nur eine ganz kleine Clique" von Beamten meine wahre Identität kenne und daß einschließlich ihr nur

drei LKA-Beamte wissen würden, in welcher „Aktion" ich als V-Mann eingesetzt worden sei. Deshalb solle ich auch bei Telefonanrufen niemals meinen richtigen Namen nennen. Frau BRENDEL hat hierzu gesagt: „Je weniger Leute wissen, wer Sie sind, desto besser können wir Ihre Anonymität schützen. Das machen wir immer so."

Tatsächlich habe ich es in der ganzen Zeit fast immer nur mit Frau BRENDEL zu tun gehabt. Sie allein hat sich mit mir unterhalten, sie allein schien die Fäden in der Hand zu haben. Ich habe damals den Eindruck gewonnen, daß das Landeskriminalamt Frau BRENDEL offenbar dazu bestimmt hatte, meine Kontaktperson zu sein.

Nur ganz selten, so beispielsweise einmal beim Mittagessen in einem Restaurant, hat sich uns noch ein anderer Beamter hin des LKA hinzugesellt. Dieser Mann, der sich mir lediglich mit dem Vornamen „Max" vorstellte, hat sich aber auch dann, wenn er bei späteren Treffen gelegentlich dabei war, niemals an den Gesprächen zwischen Frau BRENDEL und mir beteiligt. Aus der Art, wie Frau BRENDEL mit diesem „Max" umging, konnte ich entnehmen, daß sie ihm gegenüber offenbar weisungsbefugt war.

Mir wurden zwei Telefonnummern genannt, unter denen ich Frau BRENDEL jederzeit hätte erreichen können. Hierbei handelte es sich zum einen un den Dienstanschluß des Landeskriminalamtes mit der Nummer 0511/312021.

Mir wurde gesagt, ich solle mich, wenn ich unter dieser Nummer anrufen würde, von der Vermittlung mit dem Nebenstellen-Apparat Nr. 444 verbinden lassen. Dort würde sich das sogenannte „Lagezentrum" melden. Eine Vermittlung zum Nebenstellen-Apparat Nr. 444 sei aber nur tagsüber notwendig, weil während der Nachtstunden der LKA-Hauptanschluß ohnehin direkt auf das „Lagezentrum" geschaltet sei.

Frau BRENDEL hat mir erklärt, daß sie über das "Lagezentrum" auch dann jederzeit erreichbar wäre, wenn sie sich unterwegs befinden würde. Denn fast alle Fahrzeuge des Landeskriminalamtes seien mit Autotelefon ausgerüstet. Wenn ich mit dem „Lagezentrum" verbunden worden sei, solle ich mich bei dem dort am Telefon befindlichen Beamten lediglich mit meinem Tarnnamen „Kralle" melden und ihm eine Nachricht zur Weitergabe an „Darling" diktieren.

Diese Nachricht sollte ich jedoch immer dermaßen kurz gestalten, daß der im „Lagezentrum" diensthabende Beamte meiner Nachricht auf keinen Fall entnehmen könne, um was es geht.

Das „Lagezentrum" solle nur benutzt werden, um eine sehr schnelle direkte Kontaktaufnahme zwischen Frau BRENDEL und mir herstellen zu können. So lautete beispielsweise eine Nachricht, die ich dem „Lagezentrum" diktiert habe, wörtlich wie folgt: „Hier ist Kralle. Darling soll mich in genau 30 Minuten unter der Telefonnummer ... anrufen."

Für den Fall, daß ich als Spitzel enttarnt werde und mir aus diesem Grund oder anderen Gründen unmittelbare Gefahr für Leib und Leben droht, war vorgesehen, daß ich Frau BRENDEL am Telefon duzen und mich besorgt über ihren „hochschwangeren Zustand" erkundigen soll. Bei einem solchen Telefonat sollte ich zumindest mit einem Nebensatz mitteilen, wo ich mich gerade befinde. Hierzu hat mir Frau BRENDEL versichert: „Wenn Sie diesen Notruf auslösen, sind wir ein paar Minuten später da und schlagen Sie raus. Dann nehmen wir alle Personen fest, die sich in Ihrer Gegenwart befinden. Auch Ihnen werden wir zur Tarnung Handschellen verpassen. Dann wird erst mal zugeschlagen und kassiert. Hinterher können wir immer noch sortieren."

Für den Fall einer solchen Notsituation hat mir Frau BRENDEL damit ich auch zu allerspätesten Nachtstunden Hilfe herbeirufen kann und nicht darauf angewiesen bin, eine vielleicht verräterische Behördennummer wählen zu müssen, ihre private Telefonnummer mitgeteilt. Diese Telefonnummer lautet: 0511/753811.

Unter dieser privaten Telefonnummer habe ich noch im Monat Januar 1979 zweimal mit Frau BRENDEL gesprochen.

Frau BRENDEL beschreibe ich wie folgt: Attraktive Erscheinung, ca. 1,68m. groß, schlank, etwa 28 bis 31 Jahre alt, blaue Augen, dunkelblondes und schulterlanges Haar, trägt ausschließlich Hosen, mit Vorliebe Cordhosen und Jeans.

3

Am 14. November 1978 hat mich Frau BRENDEL erstmals aus der Justizvollzugsanstalt Hannover herausgeholt. Sie war allein gekommen mit einem neutralen Dienstwagen vom Typ „Mercedes". Das Fahrzeug war mit Autotelefon ausgerüstet. Ich habe noch von diesem Fahrzeug aus, unmittelbar nach dem Verlassen der Justizvollzugsanstalt, zwei private Telefonate nach Osnabrück und Frankfurt/Main geführt.

Wir sind zum Gebäude des Landeskriminalamtes gefahren. Dort in ihrem Dienstzimmer, hat mir Frau BRENDEL Einzelheiten über meinen Spitzelauftrag mitgeteilt. Erst jetzt habe ich von ihr den Namen des Abgeordneten FRIEDEL BERTRAM erfahren.

Frau BRENDEL erklärte mir, dieser Abgeordnete werde vom Landeskriminalamt überwacht, weil er angeblich der Verdacht bestehe, daß er geheime Informationen der Landesregierung an die Redaktion der „Neuen Hannoverschen Presse" und and die „Bild"-Zeitung (Redaktion Hannover) weitergebe.

Ferner bestehe der Verdacht, daß der „linke Revoluzzer" GÜNTER WALLRAFF über Informationen aus „Kreisen der niedersächsischen Landesregierung" verfüge, die der Geheimhaltung unterliegen würden. Er, WALLRAFF, könne diese Informationen nur von einem Parlamentarier erhalten haben.

Sinngemäß hat mir Frau BRENDEL damals folgendes gesagt: „Es ist uns bekannt, daß WALLRAFF gute Freunde in der niedersächsischen SPD hat, immerhin stellen die ihm ja sogar schon den Fernschreiber zur Verfügung. Es kann aber kein Abgeordneter wagen, diesen ‚linken Typ' direkt mit Informationen zu beliefer. Weil überdies nach unserem Ermittlungsstand der WALLRAFF auch heute noch bestens über alle möglichen Internas aus dem Pressehaus Hannover unterrichtet ist, haben wir Grund zu der Annahme, daß da ein Journalist zwischengeschaltet worden ist. Irgendwo im Pressehaus von Hannover muß ein Journalist sitzen, der einerseits Informationen von dem Abgeordneten BERTRAM entgegennimmt – und der andererseits zumindest einen großen Teil dieser Informationen an den WALLRAFF weitergibt. Diesen Journalisten sollen Sie für uns ausfindig machen."

Ich erhielt also den Spitzelauftrag, mich im Pressehaus Hannover umzusehen, um herauszufinden, wo es dort eine Querverbindung zwischen dem Abgeordneten BERTRAM und dem Schriftsteller GÜNTER WALLRAFF gibt.

An diesem 14. November 1978 habe ich auf dem Schreibtisch der Frau BRENDEL, in deren Dienstzimmer im Gebäude des Landeskriminalamtes, eine Akte liegen sehen, die mit schwarzem Filzschreiber mit „Bertram, Friedel" beschriftet war. Der Aktendeckel trug die Aufschrift: „Bundesamt für Verfassungsschutz". Ferner waren auf dem Aktendeckel noch verschiedene Stempelabdrücke zu erkennen. Ich erinnere mich , auf dem Aktendeckel einen Eingangsstempel des Landeskriminalamtes sowie in roter Farbe einen Stempelabdruck mit den beiden Buchstaben „VS" gesehen zu haben.

Neben dem Aktendeckel lag ein Formularvordruck mit der Überschrift: „Protokoll über Fernmeldeerhebungen". Auch auf diesem Formular war der Name „Bertram, Friedel" vermerkt; ferner war auf diesem Formular handschriftlich eine Telefonnummer notiert. Als Frau BRENDEL das Dienstzim-

mer für wenige Augenblicke verließ, um im Nachbarzimmer kurz kurz mit einem Kollegen zu sprechen, habe ich mir dieses Formular etwas genauer angesehen und erkannt, daß auf ihm stichpunktartig die Inhaltsangabe von überwachten Telefongesprächen notiert war. Ich wollte gerade damit beginnen, den Formulartext abzuschreiben, als ich Frau BRENDEL zurückkommen hörte. In aller Eile habe ich nur noch schnell die Telefonnummer des überwachten Anschlusses notieren können. Sie lautet: 05101/2952.

In Erinnerung an das von mir gesehene Formular muß ich vermuten, daß es sich bei dieser Telefonnummer um einen Anschluß handelt, von dem aus der SPD-Abgeordnete FRIEDEL BERTRAM im November 1978 häufig Telefonate geführt hat.

(Der ID hats am 15.1.80 ausprobiert. Es meldete sich die Frau des SPD-Abgeordneten Bertram.)



Am 12. Dezember 1978 hat mich Frau BRENDEL zum zweiten Mal aus der Justizvollzugsanstalt Hannover herausgeholt. Auch diesmal war sie allein gekommen; wieder mit einem neutralen Dienstwagen vom Typ „Mercedes". Ich hatte drei Koffer mit privaten Kleidungsstücken dabei.

Kaum hatten wir das Gelände der Justizvollzugsanstalt verlassen, fuhr Frau BRENDEL, noch auf der Schulenburger Landstraße, an den rechten Straßenrand heran und hielt. Sie händigte mir einen Geldbetrag in Höhe von DM 1000.– (in Worten: tausend) in 50-Mark-Scheinen aus. Eine Quittung habei ich dafür nicht unterschreibenmüssen. Das Geld sollte ich zur Finanzierung meiner „Spesen" benutzen. Hierzu hat mir Frau BRENDEL gesagt: „Natürlich müssen Sie ab und zu auch mal die Leute, von denen Sie etwas erfahren wollen, zum Essen einladen. Dafür ist das Geld gedacht – mit Speck werden die Mäuse gefangen."

Dann brachte mich Frau BRENDEL in die Hardenbergstraße, zum Polizeigewahrsam der Stadt Hannover. Dieses Polizeigewahrsam ist eine Arrestanstalt, in der nur uniformierte Polizeibeamte Dienst verrichten. Justizvollzugsbeamte gibt es dort nicht. Das Polizeigewahrsam dient dem Zweck, festgenommene Personen bis zum Abschluß der kriminalpolizeilichen Vernehmungen oder bis zur Vorführung vor den Haftrichter an der Flucht zu hindern. Länger als 24 Stunden ist in diesem Gewahrsam kein Mensch inhaftiert *(Untersteht dem Landeskriminalamt, die Red.)*.

Beim Leiter des Polizeigewahrsams war ich schon angemeldet gewesen. Ich genoß gleich bei meinem Eintreffen eine Vorzugsbehandlung. Meine Sachen wurden nicht durchsucht. Und während beispielsweise allen anderen Insassen des Gewahrsams Rauchwaren grundsätzlich abgenommen werden, schob mir der diensthabende Beamte einen Aschenbecher über den Tisch. Mir wurde eine geräumige Einzelzelle zugewiesen, die auf Anordnung von frau BRENDEL niemals abgeschlossen wurde. So konnte ich mich zu allen Tages- und Nachtzeiten, wenn ich mich tatsächlich mal im Gewahrsam aufhielt, völlig frei bewegen. Einmal während der nun folgenden fünf Tage habe ich nachts mit den diensthabenden Polizeibeamten in der großen Küche des Gewahrsams Skat gespielt. Dabei wurde Bier und Schnaps getrunken.

Frau BRENDEL hatte angeordnet, daß ich zu allen von mir gewünschten Zeiten aus dem Polizeigewahrsam herausgelassen werden müsse. Somit brauchte ich den Polizeibeamten nur zu sagen, daß ich zu gehen wünsche – und schon wurde mir das Tor geöffnet. Frau BRENDEL hatte mir hierzu folgendes gesagt: „Sie können völlig unabhängig arbeiten und Sie können kommen und gehen, wann Sie wollen. Tun Sie mir nur den Gefallen, daß Sie sich zumindest ab und zu mal im Polizeigewahrsam sehen lassen. Die Beamten dort müssen wenigstens pro forma in ihren Büchern eintragen können, daß Ihr Name auf der ‚Bestandsliste' steht. Wenn Sie also mal ein paar Stunden ausschlafen, duschen oder ein Hemd wechseln wollen, dann gehen Sie dazu bitte ins Gewahrsam."

Daran habe ich mich gehalten. Ab und zu bin ich für jeweils kurze Zeiten ins Polizeigewahrsam zurückgekehrt. Auch bei solchen Anlässen sind meine Sachen niemals durchsucht worden. In der Regel hatte ich immer einen dickbauchigen Aktenkoffer dabei. Wenn ich es gewollt hätte, so hätte ich während dieser fünf Tage mehrere Handgranaten und Maschinenpistolen in das Polizeigewahrsam schmuggeln können.

Für den Strafvollzug war ich, in der sogenannten „offiziellen" Leseform, während dieser fünf Tage im Polizeigewahrsam von Hannover inhaftiert. Der Strafvollzug will es auch heute noch immer nicht zur Kenntnis nehmen, daß ich mich in Wirklichkeit in Freiheit befunden habe. Dabei hat der Strafvollzug das illegale Spiel doch sogar mitgemacht, indem man mir meine sämtlichen privaten Kleidungsstücke mitgegeben hatte.

Ich habe dafür gesorgt, daß es zahlreiche Zeugen gibt, die mich in der Zeit vom 12. bis 17. Dezember 1978 in mehreren Städten in Freiheit gesehen haben – und das auch zu späten Nachtzeiten. So bin ich beispielsweise einmal in dieser Zeit gegen 21 Uhr von Hannover mit einer Taxe nach Oldenburg gefahren. Zu diesem Zweck habe ich mich zunächst von einem hannoverschen Taxifahrer nach Großburgwedel fahren lassen, um die Weiterfahrt von dort aus mit einer anderen Taxe anzutreten. Der Grund dafür: in der Ortschaft Großburgwedel gibt es nur ein kleines Taxenunternehmen, das als Familienbetrieb geführt wird. Dort wird sich der Taxifahrer noch sehr gut daran erinnern können, mich in jener Nacht zuerst nach Oldenburg und später noch nach Bremen gefahren zu haben. Das Taxenunternehmen firmiert unter dem Namen „J. LOPKA", Schulze-Delitzsch-Str., Großburgwedel, Telefon: 05139/6059.

Unterwegs, auf der Fahrt nach Oldenburg, habe ich dem Taxifahrer erzählt, daß ich ganz dringend meinen Oldenburger Rechtsanwalt besuchen müsse, weil dieser mich am folgenden Tag in einem Prozeß zu vertreten habe. Auch an dieses Gespräch wird sich der Taxifahrer noch gut erinnern können. Der Taxifahrer hat mich in Oldenburg zu Herrn Rechtsanwalt JOACHIM TÖNGES (Alter Postweg 149 a, Telefon: 0441/43690) gebracht. Somit ist auch dieser Rechtsanwalt ein Zeuge dafür, daß ich ihn in der Zeit zwischen dem 12. und 17. Dezember 1978 an einem Abend gegen etwa 23 Uhr in seinem Haus besucht habe.

Während ich mit dem Rechtsanwalt sprach, hat vor dem Haus der Taxifahrer aus Großburgwedel gewartet. Anschließend hat mich derselbe Taxifahrer noch nach Bremen gefahren und mich dort vor dem Hauptbahnhof abgesetzt.

Der Taxifahrer aus Großburgwedel und der Rechtsanwalt TÖNGES aus Oldenburg sind zwei von mehreren Zeugen, die darüber Auskunft geben können, wie meine angebliche „Inhaftierung" im Polizeigewahrsam in Wirklichkeit ausgesehen hat.

Das Landeskriminalamt wird wohl nicht behaupten können und wollen, daß solche Zeugen lügen.

Am 16. Dezember 1978 hat mir Frau BRENDEL mitgeteilt, daß ich am folgenden Tag in die Justizvollzugsanstalt Hannover zurückgebracht werden müsse. Andernfalls sei es nämlich nicht mehr möglich, mich noch vor Weihnachten in die Justizvollzugsanstalt Lingen (Außenstelle „Groß Hesepe") zurückzubringen. Dort müsse ich aber wieder sein, weil der Anstaltsleiter BODE ihr telefonisch zugesagt habe, mir ab dem 22. Dezember 1978 Urlaub gewähren zu wollen. Meine Beurlaubung sei aber, weil rechtswidrig, nur von Lingen aus möglich.



SELTSAME TISCHSITTEN
oben: Zum Anfassen der Tasse ist der Henkel da und blasen soll man auch nicht.

Als mir Frau BRENDEL dies sagte, besaß ich von dem Geld, das sie mir gegeben hatte, noch eine Restsumme in Höhe von etwa DM 280,—. Weil Frau BRENDEL diesen Restbetrag nicht zurückhaben wollte, ist in den Abendstunden des 16. Dezember 1978, kurz vor Ladenschluß, der LKA-Beamte „Max" mit mir zu einem Lebensmittel-Supermarkt gefahren.

Dort konnte ich mir für das gesamte Restgeld Rauchwaren, Lebens- und Genußmittel sowie Toilettenartikel in Hülle und Fülle kaufen. Beim Einkauf dieser Dinge hat mich der LKA-Beamte „Max" beispielsweise darauf hingewiesen, daß in einem anderen Regal das Puddingpulver um ein paar Pfennige billiger angeboten werde. Er habe „Erfahrung" auf diesem Gebiet, weil er seiner Frau, der er als Weihnachtsgeschenk einen Hund gekauft habe, häufig beim Einkaufen beratend zur Seite stehe.

Die Waren, die ich am 16.12.1978 unter der „fachmännischen Beratung" jenes LKA-Beamten kaufte, haben meinen größten Reisekoffer und einen Karton gefüllt. Frau BRENDEL hat dann, als ich am 17. Dezember 1978 (Sonntag) in die Justizvollzugsanstalt Hannover zurückgebracht wurde, fernmündlich dafür gesorgt, daß mir diese Dinge nicht wieder abgenommen wurden.

Das Riesenpaket voller Lebens- und Genußmittel habe ich in die Lingener JVA-Außenstelle „Groß Hesepe" mitgebracht, als ich von der angeblichen „Inhaftierung" im Polizeigewahrsam zurückkehrte.

Meine damaligen Mitgefangenen können dies erforderlichenfalls bezeugen. Mit rund 20 Gefangenen haben wir einen wahren Festschmaus veranstaltet. So haben wir beispielsweise vier Sahnetorten zubereitet und diese — mit russischem Kaviar — mit den Buchstaben „LKA" garniert.

Ich gestehe: uns hat es geschmeckt.

5

In der Zeit von Mitte 1973 bis Mitte 1975, als ich verantwortlicher Redakteur bei der in Hannover erscheinenden Wochenzeitschrift „HEIM und WELT" gewesen war, habe ich gelegentlich auch Beiträge für die „NEUE HANNOVERSCHE PRESSE" (nachfolgend „NHP" genannt) geschrieben.

Ich schätze, daß die „NHP" in der genannten Zeit insgesamt etwa 20 der von mir verfaßten Beiträge veröffentlicht hat. Mitunter waren es nur kleinere Meldungen, manchmal aber auch ganzseitige Titelgeschichten der Wochenend-Beilagen. Genauere Angaben darüber kann ich im Moment nicht machen, weil mir hier, in der Justizvollzugsanstalt, meine privaten Archiv-Unterlagen nicht zur Verfügung stehen.

Mir liegt hier aber die Veröffentlichung einer von mir verfaßten und im Druck ganzseitigen Reportage mit dem Titel „ATMOSPHÄRE FAST WIE IN DER KIRCHE" vor. Diese Reportage hat die „NHP" als Titelgeschichte der Wochenend-Beilage in ihrer Ausgabe vom Samstag, 31. August 1973, unter meinem Namen veröffentlicht.

Ferner erinnere ich mich daran, für die „NHP" auch einmal über einen Demonstrationszug berichtet zu haben, der sich in der Ortschaft Resse ereignet hat. Dieser Bericht ist von der „NHP" unter meinem Namen auf der Seite 1 als Schlagzeilen-Aufmacher veröffentlicht worden. Wenn ich mich recht erinnere, so lautete die Schlagzeile in etwa wie folgt: „RESSER BÜRGER SIND EMPÖRT: EIN TOTES KIND GENÜGT!" Diese Geschichte, deren Veröffentlichung mir hier leider nicht vorliegt, hat die „NHP" auf ihrer Titelseite irgendwann in der Zeit zwischen März und August 1975 veröffentlicht. Mit diesen Angaben müßte sich die Veröffentlichung im Archiv der „NHP" leicht finden lassen.

Weil ich von hier aus nicht an meine privaten Unterlagen herankomme, kann ich leider keine weiteren genauen Erscheinungsdaten nennen. Die beiden von mir hier genannten „NHP"-Veröffentlichungen größeren Umfangs dürften aber im Augenblick ausreichen, um meine Glaubwürdigkeit zu unterstreichen, wenn ich sage: als Journalist war ich gelegentlich ein Mitarbeiter der „NHP".

6

Es versteht sich von selbst, daß man, wenn man als Journalist für eine Zeitung schreibt, auch einige Redakteure der betreffenden Zeitung kennt. Ich kann nicht behaupten, daß ich



Platten, von denen man sich selbst bedienen muß, werden von links angereicht.

(Photos diese Seite: Uschi Brendel, sie lockt — wie immer — mit einem guten Essen)

mit Redakteuren der „NHP" gut befreundet gewesen wäre. Man hat sich halt gelegentlich gesehen, so wie man sich unter Kollegen bei verschiedenen Anlässen sieht. So kann ich mich beispielsweise daran erinnern, irgendwann auch einmal kurz mit dem „NHP"-Redakteur MANGOLD (Leiter der Lokalredaktion) gesprochen zu haben.

Ein etwas besseres, wenn auch nicht gerade freundschaftliches Verhältnis hatte ich zu dem „NHP"-Redakteur CARL-FRIEDRICH JACOB–RÜDIGER (genannt: „Jaco"). Dieser Kollege hatte mir 1974 auf privater Basis bei der drucktechnischen Herstellung eines Prospektes geholfen. Er hatte das Layout gemacht und war dafür von mir mit einem Scheck honoriert worden. Auch in der folgenden Zeit, noch bis etwa zur Jahresmitte 1975, habe ich den Kollegen „Jaco" gelegentlich getroffen und mit ihm gefachsimpelt.

Kurioserweise war das Landeskriminalamt, als mich Frau BRENDEL am 14. November 1978 erstmals aus der Justizvollzugsanstalt herausholte, in der Lage, mir in Fotokopie jenen Scheck zu zeigen, den ich dem Kollegen CARLFRIEDRICH JACOB–RÜDIGER zur Honorierung für das von ihm angefertigte Layout gegeben hatte. Ferner war FRAU BRENDEL in Fotokopie an diesem Tag im Besitz der diesbezüglichen Bankabbuchung.

Des weiteren hat mir Frau BRENDEL an diesem 14.11.1978 eine gerichtliche Strafakte gezeigt, aus der hervorging, daß dem Kollegen „Jaco" wegen eines Trunkenheitsdeliktes der Führerschein abgenommen worden war. Um es zu präzisieren: die Gerichtsakte über dieses Verkehrsdelikt hat sich am 14. November 1978 in der Hand der Frau BRENDEL befunden.

Ich habe zusammenfassend an diesem Tag den Eindruck gewonnen, daß das Landeskriminalamt die persönlichen Verhältnisse des Kollegen „Jaco" offenbar schon sehr genau ausgeforscht hatte.

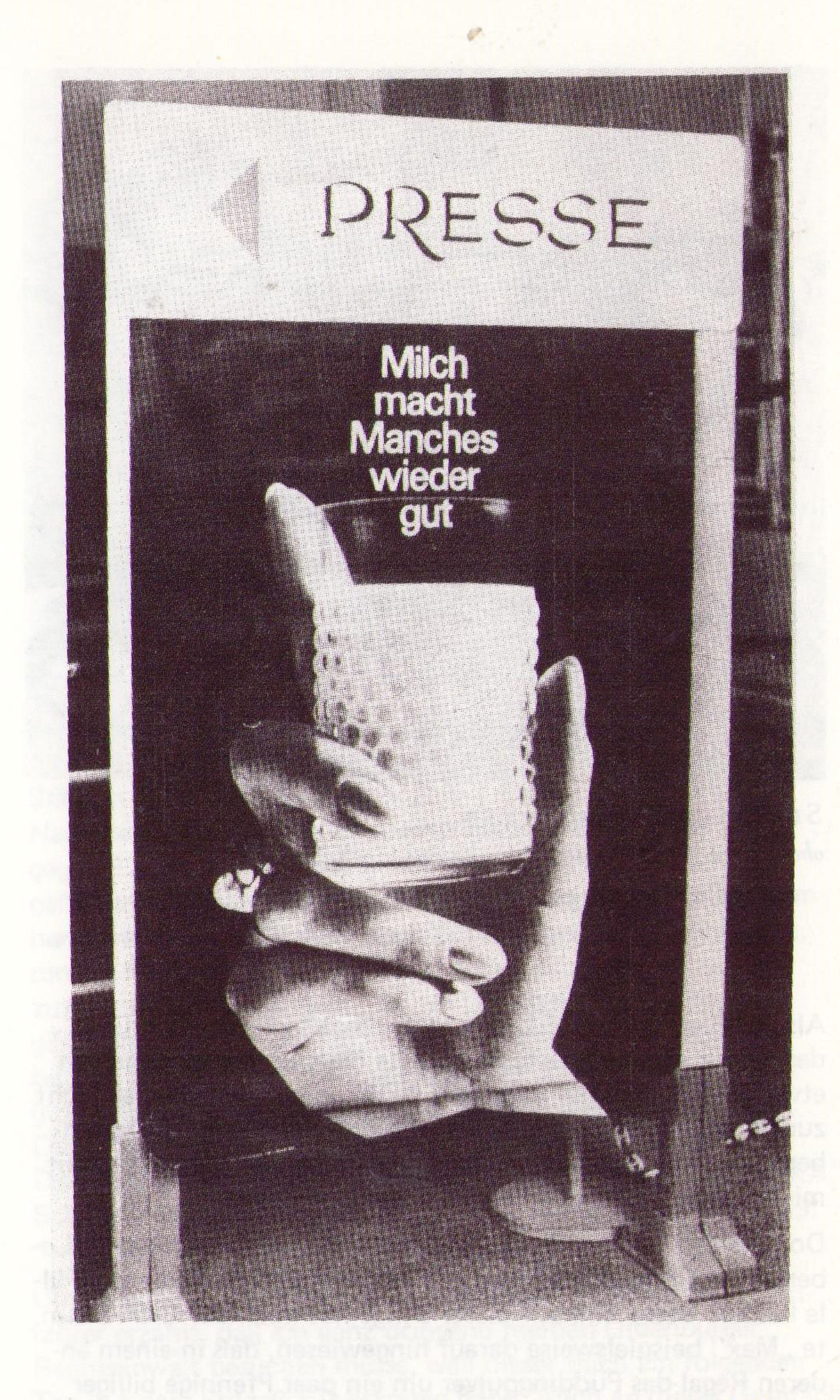
An ihn sollte ich mich im Auftrag des Landeskriminalamtes heranmachen. Ich sollte den Kontakt zu ihm wieder auffrischen und versuchen, zu erreichen, daß er mich irgendwie in die Redaktionsräume der „NHP" mitnimmt. Das endgültige Ziel des Spitzelauftrages bestand darin, in Kopie, Fotografie oder abschriftlich die gesamte Honorarkartei der „NHP" an das Landeskriminalamt zu übergeben.

Um das zu erreichen, sollte ich mich entweder durch den Kollegen „Jaco" wieder in die „NHP"-Redaktion einführen lassen – oder versuchen, den Kollegen „Jaco" selbst zum Spitzel zu machen. Frau BRENDEL meinte in diesem Zusammenhang, man könne „Jaco" falls erforderlich, wegen seines Führerschein-Problems unter Druck setzen.

Ich habe das nicht getan. Entgegen den Anweisungen der Frau BRENDEL habe ich im November und Dezember 1978 nicht den geringsten Kontakt zu irgendwelchen Mitarbeitern der „NHP" aufgenommen. Ich habe Frau BRENDEL mit lauter Ausreden wochenlang an der Nase herumgeführt. Zum Verräter bin ich nicht geworden.

Zu den Gründen des Spitzelauftrages erkläre ich noch abschliessend, daß ich der Version, wie sie mir von Frau BRENDEL geschildert worden ist, von Anfang an nicht geglaubt habe. Mein Eindruck war, daß mir Frau BRENDEL vermutlich nur einige wenige Bruchstücke über die tatsächlichen Gründe des Spitzelauftrages mitgeteilt hatte. Ich halte es somit durchaus für vorstellbar, daß ich von dieser Beamtin bewußt auf eine „falsche Fährte" geführt worden bin.

Meine Zweifel resultieren aus dem Umstand, daß es für mich keinen vernünftigen Grund gibt, daran zu glauben, daß GÜNTER WALLRAFF im Pressehaus Hannover einen Informanten haben soll, der zugleich für die „NHP" und für die „BILD"-Zeitung



arbeitet. Dafür sind diese beiden Zeitungen auch hinsichtlich ihrer redaktionellen Konzeption viel zu verschieden. Meine Meinung: Entweder hat WALRAFF bei jeder dieser beiden Zeitungen je einen Informanten, also insgesamt zwei Informanten – oder aber er hat nur einen Informanten, der kann aber niemals Mitarbeiter beider Zeitungen sein.

Ich glaube deshalb, daß es sich bei dem gegen die „BILD"-Zeitung gerichteten Spitzelauftrag um eine solche „falsche Fährte" gehandelt hat. Auch hätte ich im November 1978 gar nicht gewußt, auf welche Art und Weise ich in die Redaktion der „BILD"-Zeitung hätte hineingelangen können. Denn die beiden „BILD"-Redakteure, die ich noch persönlich gekannt hatte, waren im November 1978 nicht mehr in Hannover berufstätig.

Weil sich aber auch das gesamte Material, das mir Frau BRENDEL am 14.11.1978 vorlegte, ausschließlich nur auf die „NHP" bezog, habe ich Grund zu der Annahme, daß der ganze Spitzelauftrag allein gegen die „NHP" zielte. Was der Abgeordnete FRIEDEL BERTRAM damit zu tun hat, weiß ich leider nicht. Tatsache ist nur: Ein Telefonanschluß, den dieser Abgeordnete offenbar häufig benutzt, ist im November 1978 in irgendeinem Zusammenhang mit diesem Spitzelauftrag abgehört worden. Das Protokoll darüber habe ich selbst gesehen.

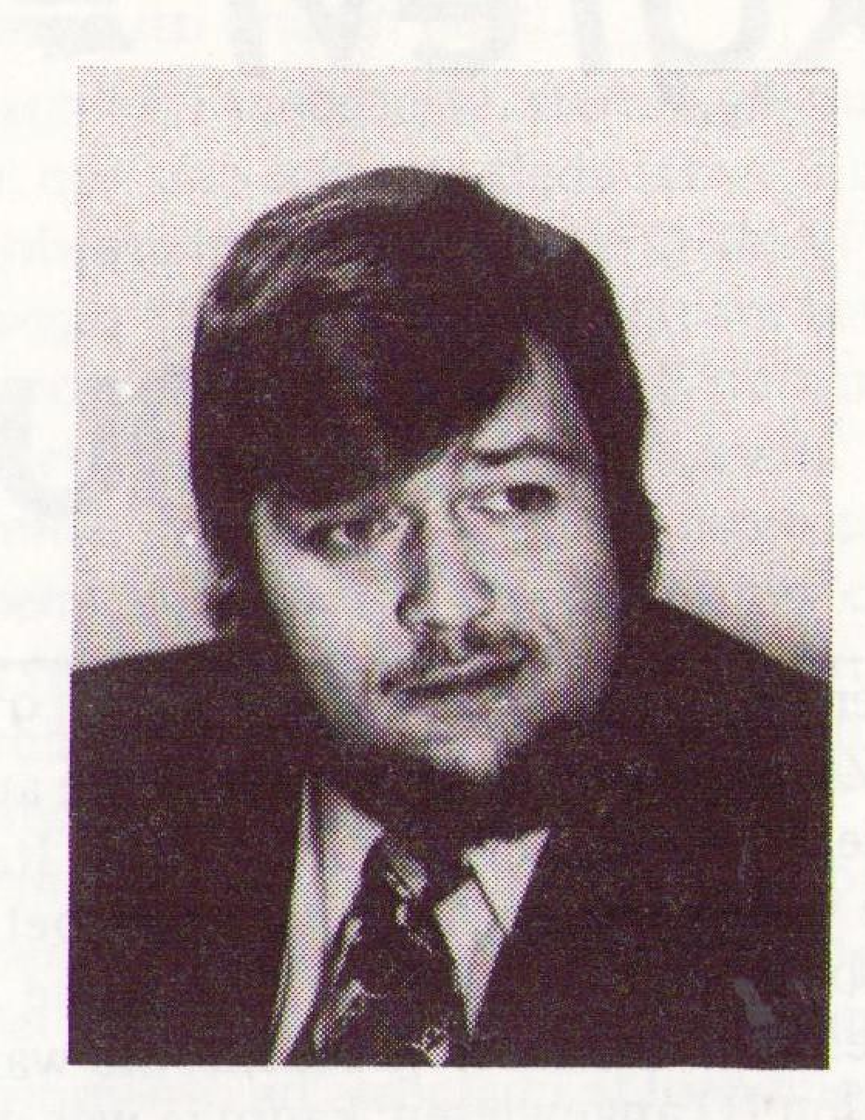
Noch über eine Wahrnehmung muß ich hier berichten: Frau BRENDEL ist in der Zeit vom 12. bis 17. Dezember 1978 zu einem Empfang bei dem CDU-Politiker HASSELMANN eingeladen gewesen. Sie hat mir das durch eine vermutlich unbeabsichtigte Bemerkung anvertraut, indem sie sinngemäß zu mir sagte: „Ich muß schnell nach Hause und mich umziehen. Heute abend muß ich zu Hasselmann – da kann ich nicht mit Jeans erscheinen."

Das war, wenn ich mich recht erinnere, entweder am 14. oder 15. Dezember 1978. An einem dieser beiden Tage muß der CDU-Politiker HASSELMANN einen Empfang gegeben haben, zu dem auch Frau BRENDEL eingeladen war.

Am Tag danach hat mir Frau BRENDEL, fast beiläufig, zu verstehen gegeben, im Fall des Erfolges meines Spitzeleinsatzes sei für meine Begnadigung und vorzeitige Haftentlassung „einiges drin".

Diese Bemerkung der Frau BRENDEL, einen Tag nach ihrem Zusammentreffen mit HASSELMANN, hat mich sehr nachdenklich gestimmt. Es kann sich um einen Zufall handeln, kann andererseits aber auch möglicherweise auf die Urheber des Spitzelauftrages hinweisen.

Meppen/Ems, 2. Januar 1980
(Norbert Knoche)



Dieses Photo zeigt den Sahnetortenbäcker und Journalisten Norbert Knoche

Kontakt: Norbert Knoche, Südergraben 24, 2390 Flensburg

açlikgrevi = sciopero della fame = hungerstreik

Der Bericht über die Ausländer-Hungerstreiks 1979 in Schwalmstadt-Ziegenhain, Hannover und Celle aus dem ID 316 steht hier in italienischer Übersetzung. Italienische Gefangene waren an den Aktionen stark beteiligt, und soweit uns bekannt, hat keine westdeutsche Zeitung ihre Forderungen und Aktionen gebracht. Sie waren und sind einzig auf den ID angewiesen; kaum je war der Begriff der "unterbliebenen Nachrichten" so erschreckend nah an der Wirklichkeit.
Gebt den Bericht weiter an italienische Gefangene, an italienische Gruppen und Zentren !

„IN UN AMPIENTE OSTILE, IN CONDIZIONI ASSURDE, ISOLATI IN CELLA PER 23 ORE"

Gli scioperi della fame del 1979 dei detenuti stranieri.

Hannover/Celle, 7 genaio 1980

19 italiani, turchi e jugoslavi nel maggio 1979 hanno dimostrato nel carcere di Schwalmstadt-Ziegenhain (Hessen), uno sciopero della fame contro la discriminazione dei detenuti stranieri nelle carceri della Germania federale (nell'ID 281 é stata pubblicata in tedesco, turco e italiano la dichiarazione dei detenuti in sciopero).

Lo sciopero della fame e l'articolo dell'ID hanno peró avuto un notevole effetto in altre carceri. Il 14 maggio sei detenuti italiani scrivevano da Hannover all'avvocato di Schwalmstadt:

Solidaritá con i detenuti di Schwalmstadt

Casualmente abbiamo letto la lettera publicata dai ns. connazionali di Francoforte, publicata nella rivista: Informations-Dienst, del 12.5.79.

Nel mese di aprile abbiamo avuto l'idea di scrivere una lettera al ministro di Giustizia ecc. . Con lo sciopero della fame dei colleghi di Francoforte ci accorgiamo di non essere soli nella lotta. Pertanto abbiamo creduto opportuno tenerci in contatto, nella speranza che piu' persone fanno la forza, per ottenere qualcosa. . .

Aggiungiamo che ammiriamo il vs. interessamento nelle ns. faccende, problemi. E' davvero ammirevole costatare che c'é un legale Tedesco che ci aiuto, carico di umanitá. La ringraziamo infinitamente di tutto, cogliamo l'occasione per ben distintamente salutarvi. —

Giacomo Profilo, Raffaele Cagnazzo, Mario Cappellari, Peirino Dondero, Antonio Alberino, Corrado Torino, Salvatore Oltremare.

La lettera dei detenuti di Hannover del 5 aprile 1979 diretta al Ministerpraesident della Bassa Sassonia, al ministro della giustizia e alla redazione italiana della W.D.R. (Radio Colonia) diceva:

Abbandonati e trascurati

Noi un gruppo dei detenuti Italiani, reclusi nelle carceri di Hannover, della Germania Federale. Noi piccoli uomini date le circostanze. Ma con una grande presenza di spirito e coraggio. In occasione della elezioni Europee, ci incarichiamo di una missione rivolta agli uomini che sono al potere, affinché guardino con benevolenza a noi detenuti. Ci aiutino a risolvere i probleme, mediante quella stessa potenza che essi rappresentano.

Ammiriamo anzitutto gli sforzi compiuti alla unificazione dell'Europa, negli stessi interessi economici, monetari, principi di libertá e di Democrazia. Il nostro appello maggiormente é rivolto allo stato Germanico e Italiano. La nostra categoria di uomini, noi prigionieri, ci sentiamo abbandonati dallo stato di appartenenza, trascurati dallo stato che ci detiene. L'Italia ha dimenticato i suoi cittadini detenuti all'estero. Che oltre a subire il castigo penale, le sofferenze della solitudine, la martiriazione dell'anima per le famiglie lontane, subiamo l'indifferenza della patria. Siamo dimenticati, pieni di problemi, senza alcuna assistenza. Ci accorgiamo che avvolte le misure di restrizione sono esuberanti al reato. Avvolte dettate da uomini che unico scopo é quello di avere discriminazioni. Inoltre costatiomo che gli organi della magistratura Tedesca, non sono poi tanto corretti come apparentemente sembra, ma costatiamo che fanno preferenze, abusando della nostra ignoranza in materia. Gli avvocati piú delle volte pagati dagli stessi tribunali, fanno il loro gioco, sostenendo difese puerili adeguate ai desideri di chi li paga. Gli interpreti, chiaramente sottostanno a chi gli dá il lavoro. Perció avvolte travisano le traduzioni. Tanti enti sono stati creati, tanti uffici, ma nessuno che si occupa di noi detenuti, dei nostri problemi. Quali é l'organo che cura gli interessi degli Italiani all'estero prigionieri! Nessuno. Perché non abbiamo diritto al voto europeo? Nessuno é venuto ad' informarci, a chiederci se volessimo votare. Ció contribuisce a farci pensare che siamo soli.

Lo scopo del carcere, le misure di sicurezza; ci insegnate sono provvedimenti atti ad educare l'individuo.

Ma, noi ci poniamo una domanda: in cosa consiste la nostra rieducazione nelle carceri Tedesche, quando non abbiamo questi diritti?

1) Non abbiamo lo stesso trattamento e diritti, che invece godono i colleghi Tedeschi.
2) Non ci danno permessi di uscita, dopo aver scontato parte della pena, appellandosi a motivi irrilevanti.
3) Che significato ha che: un uomo dopo aver lavorato tanti anni nella Germania, dopo aver trasferito la sua residenza, la sua famiglia, le sue abitudini, dopo aver dato innumerevoli anni di lavoro. Il caso vuole che commette un errore, dopo espiata la pena, vive nel terrore di essere rimpatriato, senza alcuno possibilitá di far valere i suoi diritti. Con consequenze morali, psiche, finanziarie, e di rieinserimento. —
4) Perché non viene accettata l'alternativa di scontare la pena inflitta al nostro stato, in casi eccezionalmente particolari. —
5) Non ci permettono colloqui con gli stessi connazionali

reclusi nello stesso reparto. —

Ci troviamo in un ambiente ostile, in condizioni avvolte assurde, senza sapere parlare la loro lingua, veniamo riposti come oggetti in una cella, per 23 ore completamente isolati. Perdiamo il diritto di uomini, diveniamo per i tribunali, per i carcerieri un semplice numero, una pratica. Da riprendere solo quando ha sufficente polvere di tempo addesso.

La Germania, questo grande stato, questa grande potenza economica, oggi nel sistema penitenziario si trova arretrato. Oppure ne dobbiamo dedurre che l'arretrazione 'e per noi Italiani. Ne deduciamo che egoisticamente si afferma, che noi dobbiamo sbagliare. Ci domandiamo allora perchè, la natura afferma che l'uomo essendo tale é costretto ad errare. Qual' é la differenza sul piano di uomini, fra' noi ed i Tedeschi?

Gesú pronunció una frase: Chi non ha peccato scagli la prima pietra. Giunti a questo punto poniamo la domanda agli uomini della Europa unita: c'é qualcuno oggi ingrado di scagliare la prima pietra?

Il 14 maggio i detenuti scrivevano un' altra volta a Radio Colonia:

. . . Che qualcuno degli uomini al potere. . .

Siamo un gruppo di detenuti che vi scrisse in aprile una lettera, pregandovi di publicarla. Nella speranza che qualcuno degli uomini al potere potesse accogliere il nostro appello.

A tal proposito vorremmo sapere se avete ricevuto tale lettera, siamo nel dubbio che non vi 'e giunta. Inoltre volevammo informarvi che l'anonimato non ci interessa, perciò potete fare tutti i nostri nomi.

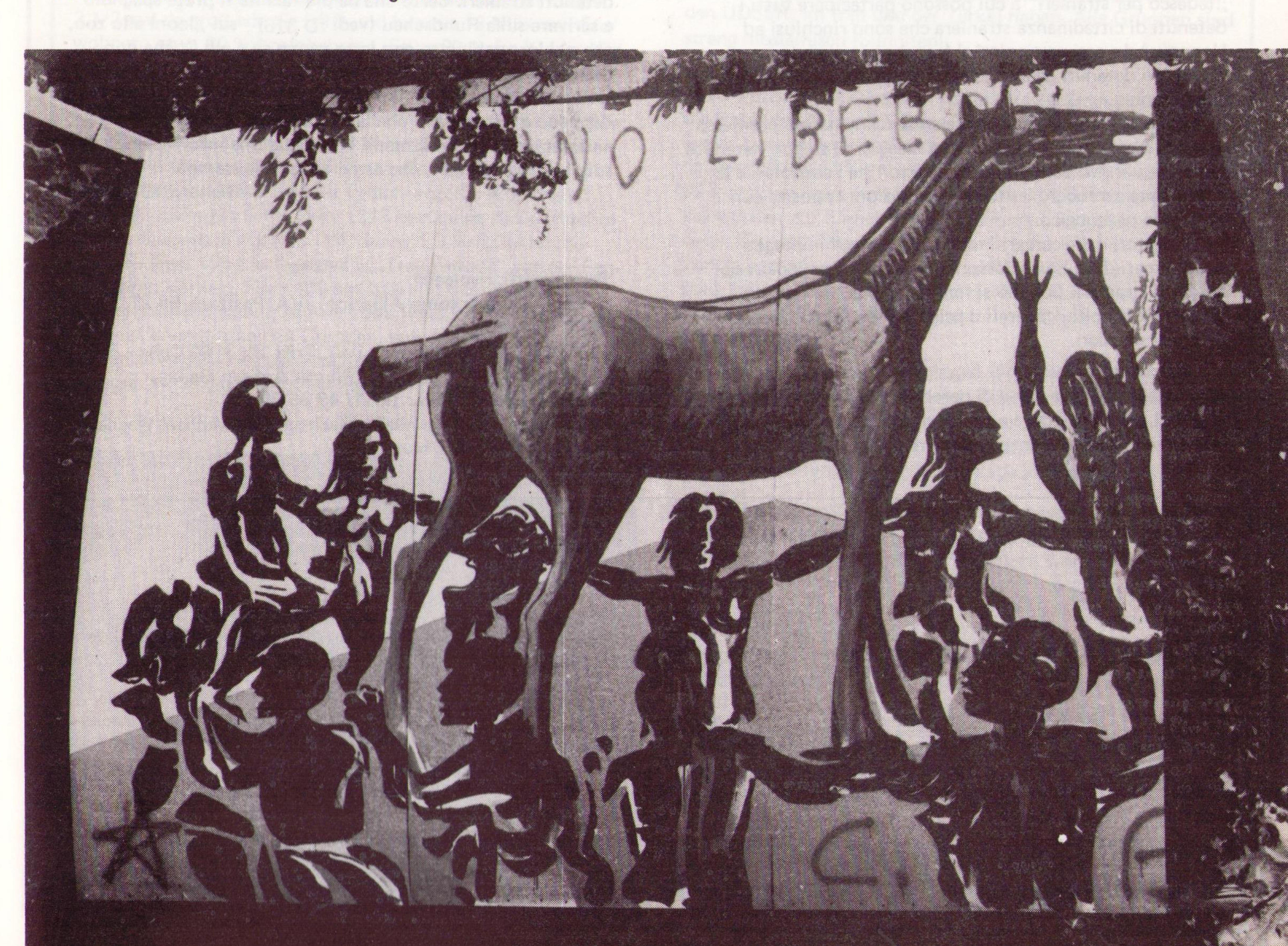
I nostri colleghi di Francoforte, stanno conducendo la stessa battaglia, con uno sciopero della fame. E scritto nella rivista publicata in Germania: INFORMATIONS-DIENST, Nr. 281, 12 Maggio 1979. Potete immaginare benissimo quale sacrificio per loro, una tale decisione se é stata presa dimostra fino a che punto ci sentiamo oppressi.

Se ci sono mille, diecimila, centomila espressioni di gentilezza; ebbene le vorremmo usare tutte per chiedervi: LEGGETE LA NOSTRA LETTERA! Necessitá. Dará coraggio e fiducia si nostri cari amici, colleghi di Francoforte, si sentiranno meno soli nella loro lotta.

Se per ragioni tecniche dovreste tardare ancora, momentaneamente gradiremmo che lanciate un appello ai connazionali del carcere di Francoforte, che siamo pronti in qualunque momento ad'associarci al loro sciopero. Per darli forza e coraggio vi chiediamo di dedicare una canzone: CIAO RAGAZZI CIAO di Celentano. A nome di tutti i nomi sottoscritti.

Pieni di speranza comprensiva attendiamo un riscontro.

CIAO RAGAZZI CIAO,
Voglio dirvi che
che vorrei per me
mille braccia perchè
finalmente potrei
abbracciare tutti voi. . .



Sciopero della fame a Hannover e Celle

Per quanto fosse accorato il tono di questa lettera, non servì a nulla. Dal 30 maggio al 10 giugno i detenuti di Hannover fecero uno sciopero della fame per far passare le proprie rivendicazioni. Un giorno dopo, il 31 maggio, iniziarono lo sciopero della fame 10 stranieri nel carcere di Celle. Avevano sentito alla radio la notizia dell'azione di Hannover. Probabilmente come giá a Schwalmstadt, lo sciopero della fame dei detenuti che si definiscono detenuti politici, ha funzionato da scintilla per gli stranieri. Certo, non hanno partecipato allo sciopero della fame dei detenuti politici, ma probabilmente come questi anche gli stranieri speravano di incidere in qualche modo sull'opinione pubblica. Ma la cosa grave é che della lotta degli stranieri non ne ha parlato nessuno. Nessuno ha occupato la redazione della ,,Tageszeitung" per loro, cosicché nemmeno su questo giornale si é trovato lo spazio per parlare di questa lotta.

Il detenuto jugoslavo Kasi Sabrit di Celle scrisse allora:

Come ho potuto apprendere, a Hannover gli stranieri avevano l'intenzione di fondare una GMV (consiglio di corresponsabilizzazione dei detenuti). Una GMV c'é giá, ma pensiamo che nessun detenuto tedesco sia in grado di conoscere i nostri problemi.

Quattro mesi piú tardi il ,,potere" si é fatto sentire: Il ministro di Grazia e Giustizia della Bassa Sassonia ha fatto dire al suo portavoce Großkelwing:

,,Prevenire un sentimento di solitudine"

Nel carcere di Hannover continua tuttora il corso ,,tedesco per stranieri" a cui possono partecipare tutti i detenuti di cittadinanza straniera che sono rinchiusi ad Hannover. In casi particolari si é anche provveduto a trasferirvi detenuti da altre carceri se questi volevano partecipare al corso.

I contatti con i consolati e le ambasciate hanno permesso a questi di poter seguire in misura maggiore i singoli detenuti, qualora questi lo desiderano. A questo fine i consolati e le ambasciate avrebbero istituito delle sezioni apposite con personale pedagogico.

I direttori delle carceri fanno presente agli impiegati nelle carceri della Bassa Sassonia i problemi particolari dei detenuti stranieri. Con ció si mira a individuare quanto prima le difficoltá generali o psicologiche in cui versano i detenuti stranieri.

Si cercherá di essere piú larghi nel concedere prolungamenti delle visite da parte di parenti o conoscenti dei detenuti stranieri, per permettere a questi di stare piú a lungo con i loro parenti o conoscenti. Anche in questo modo cerchiamo di prevenire un sentimento di solitudine o di isolamento.

Altri provvedimenti sono tuttora al vaglio delle autoritá competenti.

Giacomo Profilo é stato nel frattempo trasferito a Cello. Kasi Sabrit condotto in Jugoslavia. Il giorno 11 novembre Profilo scrisse da Celle:

Lieve miglioramento

Il ministro di Grazia e Giustizia ha reso noto tramite lettera, di aver preso decisioni positive per noi riguardo quattro punti delle nostre rivendicazione. Nel frattempo sono stato informato, che anche le altre rivendicazioni vengono prese in esame.

Tenendo conto delle difficoltá ritengo che questi siano dei lievi miglioramenti alla nostra situazione.

Il Ministro di Grazia e Giustizia ha evidentemente la volontá di venire incontro alle nostre richieste.

Quale miscuglio di rassegnazione, soddisfazione per i miglioramenti ottenuti e — forse — anche una misura di cautela nei confronti del controllo sulla posta, che il timbro rende evidente, sia comprese in questa lettera — noi non lo sappiamo.

Rompere il silenzio

Rendere pubblica la situazione dei detenuti stranieri nelle carceri tedesche era l'obbiettivo primo dello sciopero della fame. Purtroppo non é stato raggiunto. Anche la stampa di sinistra é partecipe del silenzio che circonda le lotte dei detenuti stranieri. Certo che ha piú facilitá il prete spagnolo a scrivere sulla Rundschau (vedi ID 316) sui ,,leoni allo zoo, che nel loro gabinetto con letto vanno su e giú", che non i detenuti stranieri di Schwalmstadt a scrivere della loro lotta sulla stampa di sinistra. Perció riproponiamo ancora l'appello a tutti coloro che lavorano insieme a stranieri: aiutateci a creare perlomeno le basi per una informazione sui detenuti stranieri, che arrivi anche alla stampa!

Richard/ID

Per contatti, rivolgersi
— Hannover: Antonio Alberino, JVA, Postfach 58 27, 3000 Hannover
— Celle: Giacomo Profilo, JVA, Trift 14, 3100 Celle
— Frankfurt-Preungesheim: Pfarrer Antimo Gaitte, Thomasiusstr. 10, Tel.: 0611/ 49 33 00
—Schwalmstadt-Ziegenhain: Rechtsanwalt Michael Wagner, Markt 11, 3550 Marburg

---

AKTION TAUSALZSTOPP

OBER–FLÖRSHEIM 12. Januar Der Winter 1978/79 zeichnete sich infolge außergewöhnlich großer Schneefälle durch einen Rekordverbrauch an Streusalz aus. Die Folgeerscheinungen waren ebenfalls außergewöhnlich:

In der gesamten Bundesrepublik haben über 100 000 Straßenbäume die Salzschwemme nicht überstanden. Eine neue Broschüre des Arbeitskreises Wasser im BBU mit obigem Titel untersucht neben den volkswirtschaftlichen Aspekten des Streusalzeinsatzes die Auswirkungen des Tausalzes auf die Bodenstruktur, die Gewässerökologie und die Pflanzenwelt.

Die Broschüre im DIN A4-Format kann durch Voreinsendung von DM 3.- in Form von 50 Pfg-Briefmarken an die **Arbeitsgruppe Wasser im BBU, Holzstr. 1, 6509 Ober-Flörsheim** oder durch Voreinzahlung auf das **Postscheckkonto N. Geiler, 419 52 – 757, PschA Karlsruhe bestellt werden.**

Die Arbeitsgruppe Wasser sucht übrigens noch dringend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die uns auf den Gebieten des Gewässerschutzes, der Gewässerökologie und des Wasserbaus unterstützen wollen!

US-INTERVENTION in Afghanistan

EX–CIA–GEHEIMDIENSTLER BERICHTET:

Zu den Ereignissen in Afghanistan, zu denen stündlich neue Meldungen kommen, stoßen die bürgerlichen Medien - jedenfalls die, die wir gelesen haben -, wie schon sonst in Krisenzeiten gehabt, alle wieder einmal in dasselbe Horn: „Stern" (10.1.): „Sind die Russen wild geworden". Dann geht die Runde über den Spiegel (14.1.), der in der Schlagzeile trauert: „Afghanistan: Ende einer Illusion" (Was denn für eine? d. Verf.) und, hoffend auf eine Wende: „Stoppt Carter die Russen? " und „Sind sie weiter im Anmarsch? " (wohin wohl, doch nicht etwa in die Spiegel-Redaktion? , d. Verf.), und dann wird der Spiegel zum Propheten, daß „Afghanistan das Vietnam der Russen wird", von da gehts hin zu der Drohung „Allah wird sie alle vernichten". Da muß ich doch als verwunderter Zeitungsleser die ach so seriöse Berichterstattung anzweifeln. Kurz und gut, wir haben uns selbst in der sonstigen Medienlandschaft umgesehen und einen interessanten Bericht - wahrscheinlich im Herbst 1979 geschrieben - untersucht und übersetzt. Er ist in der amerikanischen Zeitschrift „Counter Spy" – „Für Leute die mehr wissen wollen" – (einer Zeitung, die von ehemaligen CIA-Agenten und jetzigen Gegnern dieser Organisation herausgegeben wird) erschienen. Dieser Beitrag, obwohl vor dem Einmarsch der Sowjettruppen in Afghanistan geschrieben, ist so aktuell, daß wir ihn euch Lesern in der ganzen Länge zumuten, um euch zu ermöglichen, den Einmarsch der Sowjets aus einer anderen Perspektive als der des gewohnten täglichen Presserummels zu betrachten . Niemand solle jedoch glauben,wir würden durch diese Veröffentlichung zum jetzigen Zeitpunkt die sowjetische Invasion gutheißen. Der/diejenige irrt sich gewaltig.

Übersetzung und Zusammenstellung:
HEIPE und DON CAMILLO / ID

Zusammenstellung einiger wichtiger Informationen:

Afghanistan, als eines der ärmsten Länder der Welt ist etwa 2 1/2 mal so groß wie die BRD und hat mit 18 Millionen Einwohnern etwa 90 % Analphabeten. Etwa 20 % der Kinder können nur die Schule besuchen, doch werden nur 3 von 5 Kindern älter als 12 Jahre. Bedingt durch die totale Unterentwicklung der Infrastruktur haben nur die Menschen in den Städten die Möglichkeit auf Bildung und ärztliche Versorgung, wobei für 18 Millionen nur etwa 800 Ärzte zur Verfügung stehen. Haupteinnahmequelle sind der Export von Karakulschafen (2,5 Mill. Felle jährlich). Ende 1978 bestanden Auslandsschulden von insgesamt 1,9 Mrd DM, davon 1,6 Mrd DM an die UDSSR. Eine 1964 fertiggestellte „Traumstraße" auf der Panzer fahren können, führt 400 km lang von der sowjetischen Grenze bis nach Kabul. Afghanistans Bevölkerung besteht aus verschiedenen ethnischen Gruppen, von denen die stärkste die Paschthunen sind. Zu den Paschthunen (verwandt mit Volksgruppen in Pakistan) kommen die Belutschen (Verwandte in Pakistan und Iran), die Tadschiken, Usbeken, Kirkisen, Turkmenen, Hasara und Nunistani, die ihrerseits Blutsverwandte in den UDSSR, im Iran und der Türkei haben. Alle Gruppen sind streng moslemisch (Sunniten).

Die letzten Ereignisse:
1973 wurde Shah Zaher von seinem Vetter Daoud gestürzt, der die Republik A. ausrief. Dieser wurde jedoch am 27.4.78 von einem Luftwaffen-Oberst Abd el Kadir (der in der SU ausgebildet wurde) gestürzt und samt Familie erschossen. Zwei im Untergrund agierende Parteien Chalk (Volk) und Partscham (Fahne) wurden zur Einheitspartei zusammengeschlossen und bildeten die Volksrepublik Afghanistan samt Revolutionsrat und Zentralkommitee. Staatsschef und Partei-Chef wurde Mohammed Taraki, Babrak Karmal (Partscham-Chef) Vize, Hafisullah Amin (Chalk) neuer Außenminister und Abd el Kamir Verteidigungsminister.

Es wurden Reformen eingeleitet (siehe Artikel) und ein ständig steigender Widerstand bildete sich, bis im März 79 fünfzig sowjetische Berater und Frauen ermordet wurden, worauf die SU mit Militärhilfe (Kampfhubschrauber, Panzer, Piloten und 5 000 Soldaten) reagierte. Als die Lage immer bedrohlicher wurde Taraki am 14. September 79 abgesetzt (gewaltsam?) und Amin trat die Nachfolge an. Doch auch Amin hatte kein Glück und wurde am 23.12.79 liquidiert, wonach bis heute Babrak Karmal das Geschäft übernahm. Interessant dürfte im Zusammenhang des Sturzes Amin folgende Meldung der FR vom 9.1.80 sein:
Während die erste Rundfunkmeldung über den Sturz Amins und der Einsetzungs Karmals bereits in der Sowjetunion gegen 18.30 Uhr bekannt wurde, kam diese Meldung wahrscheinlich infolge einer Panne im Radion Kabul erst gegen 19.15 Uhr. Amin hatte also eine dreiviertel Stunde Zeit, sich auf seinen Sturz vorzubereiten und wurde erst nach heftigen Kämpfen, indem Rotarmisten den Palast stürmten, erschossen (Angaben nach Mc Henry, US-Chefdelegierter beim UN-Sicherheitsrat). Da der Widerstand der Rebellen im Lande immer noch nicht gebrochen werden konnte, bat in den letzten Tagen Karmal um "brüderliche Hilfe" bei der Sowjetunion.

D.C.

US–INTERVENTION IN AFGHANISTAN

von Konrad Ege

„Falls Henry Kissinger noch aktiv wäre, wäre es eine höllische Versuchung, sich einzumischen",(1) war die Reaktion eines U.S.-Spezialisten auf die Ereignisse in Afghanistan. Aber Henry Kissinger ist nicht mehr „in Amt", und Sprecher des State-Department und des CIA versichern uns ständig (was sie ja auch während des „geheimen" Krieges in Laos taten und auch, als unter der Hand irakische Kurden unterstützt wurden), daß die USA sich in *„keiner Weise"* (2) in Afghanistan einmischten.

Was passiert in Afghanistan zur Zeit, das ein solches Interesse der USA provozieren könnte ? Es sind viele Faktoren und viele amerikanische Interessen dort im Spiel - deutlich sichtbar an der afghanischen Geschichte der letzten Jahre.

Afghanistan ist ein Gebirgsland, etwa so groß wie Texas, mit etwa 18 Millionen Einwohnern verschiedener Nationalitäten, meist Bauern auf dem Land. Es grenzt an den Iran, die UDSSR (die Grenze zur UDSSR ist über 3.000 km lang), China, Pakistan und Indien; und obwohl es keinen Zugang zum Meer hat, ist es von strategischer Bedeutung. Die UN zählen Afghanistan zu einem der ärmsten Länder der Welt mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von durchschnittlich 320 DM, einer Säuglingssterblichkeit um 50 %, und das Analphabetentum liegt bei ca. 90 %. (3) Fast alle Afghanen sind Moslems, die zu den mehr traditionellen Sunniten gehören.



In den letzten Jahren haben sich die Ereignisse in Afghanistan immer mehr überstürzt. 1973 wurde die 40 Jahre dauernde Diktatur unter Mohammad Zaher Shah und zwei seiner Onkel durch einen Staatsstreich beendet, den sein Cousin und Schwager, Mohammed Daoud anführte. Mohammed Daoud war bis 1963 Premierminister unter Zaher Shah gewesen und hatte sich anscheinend zurückgezogen. (Zaher Shah war während der Zeit des Staatsstreichs auf Urlaub in Italien, während einer Hungersnot in seinem Land; später bekam er in Saudi-Arabien Asyl). Es fand sich kaum jemand, für den Shah zu kämpfen, der ein extrem repressives und korruptes Regime geführt hatte. Das Ende der Monarchie wurde von den meisten Leuten begrüßt. Der Daoud-Streich wurde von verschiedenen afghanischen Gesellschaftskreisen unterstützt, vor allen von den linken Parteien.

SAVAK-„ENTWICKLUNGSHILFE"

Schon bald nach dem Staatsstreich fing die USA an, sich stärker in Afghanistan einzumischen. (Adolph „Spike" Dubs, US-Botschafter in Afghanistan seit dem Sommer 1978, bis er am 14. Februar 1979 ermordet wurde, *„versuchte die Afghanen von Moskau wegzuhalten"* (4), wurde 1975 zum Beisitzenden Staatssekretär für Nah-Ost und süd-asiatische Angelegenheiten ernannt.) Iran, *„ermutigt durch die Vereinigten Staaten, machte entschlossene Versuche, Kabul (Afghanistans Hauptstadt) in Richtung auf einen westlich orientierten, von Teheran geleiteten regionalen ökonomischen und sicherheitspolitischen Kurs zu drängen, bezüglich Pakistan, Indien und die Staaten am Persischen Golf"* (5) und eine antikommunistische Politik in Afghanistan zu fördern. Der Shah von Persien begann ein massives vier-Billionen-DM-Hilfsprogramm für Afghanistan unter der Bedingung, daß Daoud stärkere Kontrolle über die Chalk und Parcham-Parteien ausübe, die das *„Rückgrat von (Daouds) Staatsstreich von 1973"* (6) waren, aber vom Shah und der US-Regierung als „Kommunisten" betrachtet wurden. Der Shah begann mehr und mehr Macht in Afghanistan auszuüben und die SAVAK, seine vom CIA trainierte Geheimpolizei, mischte sich erheblich in innere afghanische Angelegenheiten ein. Die SAVAK ging soweit, *„mutmaßliche kommunistische Sympatisanten innerhalb der afghanischen Regierung und des afghanischen Militärs"* (7) namhaft zu machen, die dann von Daoud gesäubert wurden.

Während der gleichen Jahre stellte die Regierung der BRD ihr Programm der polizeilichen Hilfe für die Daoud-Regierung auf. Zwei Millionen DM wurden zur Verfügung gestellt in der Form von *„Ausbildungsbeihilfen und Führungsaufgaben für die afghanische Polizei durch zwei deutsche Polizeioffiziere, in Hinblick auf politische Entwicklungen"* (8). Zusätzlich kamen alle höheren afghanischen Polizeioffiziere, wie das westdeutsche Magazin DER SPIEGEL berichtet, zur Ausbildung in die BRD (9). Darüberhinaus wurden fünf Afghanen in den USA ausgebildet durch die DEA (Anti-Rauschgift-Polizei) oder vermittels des CIA-Programms: In der Internationalen Polizei-Akademie (IPA) in Washington, DC und in der „Bomb School" (Border Patrol Offices, BPO) in Los Fresnos, Texas: Abdul Samad Azher (DEA); Qader Abdul Azizi (IPA, BPO, DEA); Abdul Vaheed Najmi (IPA) Miam Rafiuddin (IPA); und Khawar Zaman (IPA).



Gestürzter König Sahir, Putschführer Daud

Mit dieser improvisierten Polizeimacht, die oft brutale Taktiken anwandte, schaltete Daoud sowohl Offiziere als auch Zivilpersonen seiner Regierung aus. Schlüsselpositionen überließ er Aristokraten und Unterstützern der Großgrundbesitzer und der Monarchie. Die wirtschaftliche Macht blieb in der Hand weniger Großgrundbesitzer - 5 % der Bevölkerung gehörte die Hälfte des kultivierbaren Landes - und die korrupte Bürokratie des Zaher Shah wurde nur wenig reformiert.

Trotz der großen ausländischen Unterstützung verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation in Afghanistan rasch. Die Arbeitslosigkeit wuchs bis fast zu einer Million und von einem geplanten Entwicklungsbudget für 1976/77 von 800 Mill. DM wurde von der Daoud-Regierung nur ein Drittel tatsächlich eingesetzt; von dem 1977/78 Budget wurden nur ein Sechstel ausgegeben. (10) Daouds hoch und heilig versprochene und verdammt notwendige Landreform fand niemals statt und die Unzufriedenheit der afghanischen Bevölkerung stieg. Darauf antwortete Daoud immer offener mit Repression. Im Februar 1977 verabschiedete er eine Ein-Parteien-Verfassung und gab Gesetze heraus, die schwere Strafen einschließlich der Todesstrafe für oppositionelle politische Aktivitäten vorsah.

Zur gleichen Zeit schien die Politik des Schahs von Iran erfolgreich zu sein. Daoud unterschrieb Verträge mit Iran und Pakistan und zeigte wachsende Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion. Darüberhinaus plante der Shah selbst, Kabul im Juni 1978 zu besuchen und Mohammed Daoud wollte Präsident Carter in Washington treffen.

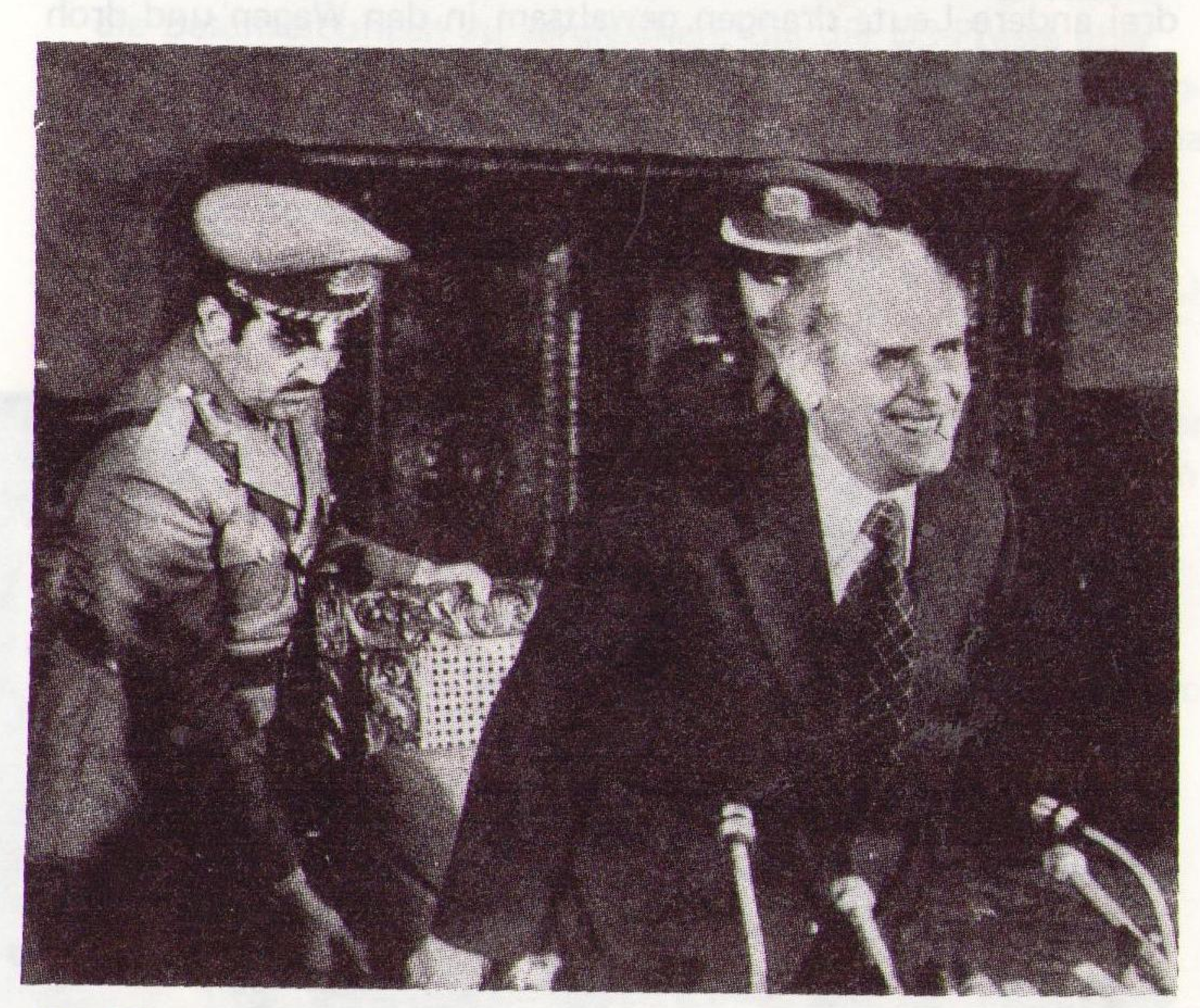
Doch Daouds Verbindungen mit der US-Regierung, mit der SAVAK, mit den feudalen Landbesitzern und dem Moslem-Klerus (in dem es oft große Landbesitzer gab) konnte seine Regierung nicht mehr retten. Am 17. April organisierte der neuernannte Innenminister Abdul Quadir Nuristani die Ermordung von Mir Akbar Khaiber, einem populären Linken, den Daoud und Nuristani für einen „Kommunisten" hielten. Khaibers Begräbnis wurde zu einer massenhaften Demonstration gegen die Daoud-Regierung, der der Shah (vom Iran, d. Red.) den Rücken stärkte. Daoud antwortete mit einem Versuch, die Opposition auszuschalten. Am 24. April wurden sieben populäre „kommunistische" Rädelsführer verhaftet und am 26. April Hunderte von mutmaßlichen Kommunisten und Sympathisanten aus Regierungsämter entfernt.

Am nächsten Tag wurde Daoud gestürzt in einer Weise, die von der US-Presse gewöhnlich als von den „Sowjets inspirierten blutigen Militärpusch" bezeichnet wird, aber sogar Selig S. Harrison, lange Südasien-Korrespondent der Washington Post, sah keine sowjetischen Drahtzieher hinter dem „blutigen Putsch" und schrieb, daß *„es irreführend sei, den Putsch als einen Schachzug im globalstrategischen Schachspiel zu verstehen"* (11.). Die US-Regierung erwartete offensichtlich keinen Putsch in Kabul. Warnungen seitens der SAVAK betreffs einer unstabilen inneren Situation wurden nicht ernst genommen und in den späteren Kritiken an der Unfähigkeit des CIA betreffs Irans wurde die Fehleinschätzung bezüglich Afghanistans besonders erwähnt.

DER REVOLUTIONÄRE GANG

Mohammed Daoud und einige seiner nächsten Berater wurden am 27. April getötet und ein Teil der Armee, die sich zu Daoud loyal verhielt, unternahm einen kurzen aber tapferen Kampf gegen die rebellierenden Teile der Armee. Es gab Hunderte von Toten.
Der *„Militärputsch"* muß wahrscheinlich ein *„entscheidender Schritt der afghanischen Revolution"* genannt werden, die seit Ende der Monarchie 1973 rasch voranschritt. Der „Putsch" wuchs aus der *„schrecklichen und akuten Unzufriedenheit"* (12) der Mehrheit des afghanischen Volkes, die besonders sichtbar wurde während der breiten Beteiligung an der Demonstration in den Tagen nach der Ermordung von Khaiber. Hinzuzufügen ist, daß die militärische Machtübernahme in der Chalk und der Parcham-Partei geleitet wurde und nicht durch Militär-Offiziere. (13)

Nur wenige Tage nach der Machtübernahme, mit der die Demokratische Republik von Afghanistan begann, wurde Noor Mohammed Taraki, ein Zivilist, als Vorsitzender des Revolutionsrates gewählt und zum Premierminister ernannt. Taraki hatte eine lange Oppositionsgeschichte — zuerst gegen Zaher Shah und dann gegen das Daoud System — hinter sich. Während der Tage der Machtübernahme war Taraki tatsächlich im Gefängnis. Er gehörte zu den Gründern der Demokratischen Volkspartei (PDP) 1965. Die PDP, allgemein als Chalk-Partei bekannt, war während der siebziger Jahre an zahlreichen Demonstrationen und Streiks beteiligt und auch an den Massenprotesten gegen den Besuch von Richard Nixon's Vizepräsidenten Spiro Agnew 1970 in Kabul.



Taraki

Die Chalk-Regierung leitete schnell eine drastische Land- und Wasserrechtsreform zugunsten der Landarbeiter ein, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen und begann eine groß angelegte Alphabetisierungskampagne für Männer und Frauen. Zusätzlich schafften sie die Todesstrafe für Landarbeiter ab, sowie das Schuldzinsensystem, mit dem Geldverleiher die Landarbeiter ausbeuteten, die gezwungen waren, ihre zukünftigen Ernten zu verpfänden und dadurch in untilgbarer Schuld standen. Andere Programme sahen die Gleichberechtigung von Männern und Frauen vor, die Trennung von Staat

und Religion, Verbesserung des Gesundheitssystems, erhöhte Steuern für ausländische Gesellschaften (manche Gesellschafts-Offizielle durften das Land erst verlassen, nachdem sie ihre Steuerschulden bezahlt hatten) und die Ausschaltung einiger ausländischer Versicherungs- und Handelsgesellschaften.

Deshalb war es nicht überraschend, daß Tarakis Außenpolitik (er unterzeichnete einen Friedensvertrag mit der Sowjetunion und es wurden afghanische Zivilpersonen und Militäroffiziere zunehmend von der Sowjetunion unterwiesen) und Innenpolitik *„Wir verlangen Brot, Nahrung, wir verlangen Kleidung, wir verlangen Beteiligung aller Sektoren der Gesellschaft in sozialen und politischen Angelegenheiten, wir verlangen gesellschaftliche Rechte...."* (14) Kommentare in der US-Presse hervorrief, wie *„Afghanistan ist gewaltsam nach links abgedriftet"* (15), *„wir haben jetzt eine ganze Reihe von führenden Leuten, die ganz klar von Kommunisten gesteuert werden"* (16), und *„Afghanistan schlägt einen sowjetischen Weg ein"* (17).

Taraki und andere Regierungsmitglieder wurden als nicht viel mehr als Sowjet-Marionetten porträtiert. Die Chalk-Partei wurde als „kommunistisch" etikettiert und Afghanistan wurde zum „Sowjet-Satelliten erklärt.
Schon bald begannen sowohl in der BRD, in England, Ägypten und anderen arabischen Staaten Anti-Chalk-Nachrichten zu erscheinen.

DIE AFFÄRE DUBS

Im Februar 1979 war Afghanistan wieder in den US-Schlagzeilen:

Der US-Botschafter in Kabul, Adolph Dubs, wurde am 14. Februar gekidnappt. Auf dem Weg zur Arbeit stoppte Dubs' Auto bei Rotlicht, ein als Polizeioffizier verkleideter Mann näherte sich und verlangte eine Durchsuchung des Wagens. Dubs akzeptierte und öffnete die Tür. Der Polizeioffizier und drei andere Leute drangen gewaltsam in den Wagen und drohten dem Chauffeur mit einem Revolver, ihren Anordnungen Folge zu leisten. Das State Department hat bis heute niemals diesbezüglich erklärt, warum Dubs ohne Leibwächter zur Arbeit fuhr und auch auf den Schutz von Polizeioffizieren verzichtet hat, der ihm angeboten worden war. Dubs war faktisch ungeschützt.

Adolph Dubs wurde zu einem der größten Hotels in Kabul gebracht. Laut „Newsweek" gehörten die Kidnapper, die die Freilassung von mehreren Moslemführern forderten, zu *„einer der entschlossenen islamischen Guerilla-Gangs, die mit minimalen Erfolgen gegen das marxistische Regime des Premierministers Taraki Widerstand leisteten"* (18). Die afghanische Polizei nahm in dem Hotel, in dem Dubs festgehalten wurde, einen der Kidnapper fest. Und sowohl afghanische als auch US- und sowjetische Offiziere diskutierten die Möglichkeiten einer Befreiung Dubs'.

Die Berichte darüber, was danach passierte, gehen weit auseinander. Die afghanischen Behörden behaupteten, daß die Moslem-Führer, nach denen die Kidnapper verlangten, nicht in ihrer Gewalt gewesen seien. Drei Stunden nach dem Kidnapping wurde um ein Uhr schließlioh die US-Botschaft bezüglich einer endgültigen Auslieferung informiert. (19) Laut Washington Post baten afghanische Polizeioffiziere gegen 12.40 Uhr Bruce Flatin, einen politischen US-Offizier, in der US-Botschaft in Kabul, der in dem Hotel anwesend war, er solle Dubs auf Deutsch, (eine Sprache, die sowohl Dubs als auch Flatin verstanden) zurufen, *„er solle ins Bad gehen oder sich in 10 Minuten auf den Flur werfen"* (20). Aber, so heißt es im Artikel der Post weiter: *„ Flatin weigerte sich, da er bemerkte, daß die Afghanen sich auf einen Angriff vorbereiteten."*

„Newsweek " gibt eine andere „Erklärung", warum Flatin sich weigerte, das zu tun, was vielleicht eine lebensrettende Botschaft an Dubs gewesen wäre: *„Flatin weigerte sich, weil er darüber nachdachte, daß die Kidnapper vielleicht deutsch verstehen könnten"* (21). Zehn Minuten später trifft die afghanische Polizei in dem Raum ein, wo Dubs festgehalten wurde. *„Genau um 12.50 Uhr brach schweres Gewehrfeuer im Korridor, im Raum und gegenüber der Straße aus"* (22); Als die Polizei und die US-Offiziellen in den Raum traten, waren Botschafter Dubs und seine Kidnapper tot.
Die US-Regierung war schnell dabei, die Schande über Dubs Tod afghanischen Offizieren und teilweise den „sowjetischen Beratern", die auch da waren, anzulasten, wie die „Washington Post" und „Newsweek" verlauten ließen. Vorschläge von US-Offiziellen seien mißachtet worden, die baten, daß ein Angriff auf die Kidnapper vermieden werden sollte, um Dubs Leben zu retten. Die Tatsache, daß Sicherheitsmaßnahmen seitens der US-Botschaft vor dem Kidnapping praktisch nicht



Straßenszene in Kabul, im Basarsviertel, zwei Wochen nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen. Die Besetzung wird von der Bevölkerung keineswegs akzeptiert, und mehrere sowjetische Militärberater sollen auf den Straßen im Basarviertel getötet worden sein.



Moslem-Rebellen in Afghanistan

vorhanden waren, wird in den gesamten State Department Berichten nicht erwähnt.

Der Korrespondent von „Newsweek", Ron Moreau, der während der Zeit des Kidnappings in einem Lager moslemischer Rebellen in Peshawar, Pakistan war, hat eine andere Erklärung erwähnt, warum die Kidnapper gerade Dubs als ihr Opfer genommen haben. *„Die Theorie machte unter den Pakistanis und den afghanischen Emigranten die Runde, die besagt, daß das Kidnapping und das Töten von Dubs ein „put-up-job" (verdeckte Inzenierung) des Systems in Kabul und der Sowjets gewesen sei. Die Regierung in Kabul hatte Angst, daß die USA vielleicht beginnen könnten, die Rebellen durch ein drittes Land zu unterstützen. Die Affäre mag eine Verschwörung gewesen sein, die Vereinten Staaten so zu verunsichern, daß sie nicht auf die Anfragen seitens der Rebellen auf Hilfe eingehen könnten."* (23) Der Newsweek-Artikel geht weiter, indem er ungenannte „Kongreß-Quellen" zitiert, daß *„die Russen Dubs sterben lassen wollten. Der Botschafter hatte versucht, die Afghanen von Moskau abzubringen und sein Tod garantierte, daß bedeutsame Schritte für Monate nicht gemacht werden konnten, wenn nicht überhaupt für immer"* (24)

Im Lichte der Situation in Afghanistan, besonders vor und nach dem Tod Dubs, sind Theorien, wie sie „Newsweek" und den dort zitierten kalten Kriegskämpfern sogenannte „US-Kongreßquellen", aufstellen, fast grotesk. Laut „Washington-Post" überzeugte die Ermordung von Dubs bestimmte Sektoren der afghanischen Gesellschaft, „daß die Konterrevolution begonnen hatte" (25). Für die Chalk-Regierung stellte die Ermordung von Dubs eine der größten Schwierigkeiten in ihren Beziehungen mit den USA dar. Und tatsächlich: *„als ein Ergebnis des Zwischenfalls betrachten die USA Afghanistan als ein kommunistisches Land auf Widerruf"* (26).

Zyniker würden sagen, daß die US-Regierung den Tod eines ihrer Botschafter benutzt hat, um Politik zu machen. Man könnte sogar die Vermutung anstellen, daß die US-Regierung Hand in Hand mit den Kidnappern gearbeitet hat, daß die Kidnapper genau nach dem Plan der US-Regierung gehandelt haben. Die US-Regierung nahm den Tod als Begründung für eine Veränderung der Beziehungen zu Afghanistan,und dafür Afghanistan als „kommunistisches Regime" zu verleumden. das von der Sowjetunion kontrolliert würde.

Washington ernannte keinen Ersatzmann für Dubs, beendete fast alle wirtschaftlichen Hilfsvereinbarungen und beschuldigte zum wiederholten Male die afghanische Regierung der Verletzung von Menschenrechten. Natürlich ging die westliche Presse mit der US-Regierung gleich und beschuldigte die afghanische Regierung, daß „russische Berater" für Dubs Tod verantwortlich seien. Und entsprechend heben die meisten Presseerwähnungen die Existenz einer moslemischen Rebellenbewegung hervor, die eine Kraft sei, die die Regierung im Namen der Freiheit bekämpfe. (Es ist hochinteressant, die Beschreibungen zu vergleichen, die die US-Presse über die Moslem -Rebellen in Afghanistan und die Moslem-Opposition, die den Schah von Iran abgesetzt hat, gibt. Die afghanischen Moslems werden meistens als Freiheitskämpfer beschrieben, während die iranischen Moslems als Terroristen, Ultrakonservative und Anti-Demokraten angeboten werden.)

Dubs Tod lieferte den USA einen guten Vorwand, ihre Beziehungen zu Afghanistan zu ändern. Die Moslem-Kidnapper erreichten ihr Ziel, die Aufmerksamkeit auf die Situation in Afghanistan zu lenken, die Beziehungen zwischen den USA und Afghanistan zu verschlechtern und die US-Regierung eher bereit zu machen, die Rebellen zu unterstützen.

Die Aktivität der Moslem-Rebellen hatte wenige Monate nach der Machtübernahme der Chalk-Partei begonnen. Sie waren und sie sind wesentlich inspiriert und unterstützt durch die Großgrundbesitzer, den konservativen Klerus, die oft miteinander identisch sind, und ausländische Regierungen oder Organisationen. Das begann als kleiner Funke, wuchs aber beständig weiter, wuchs sich schließlich aus zu einem Krieg gegen die Armee, ein Krieg, der sich intensiviert hat bis zu dem Punkt, daß die US-Presse ihn „Moskaus's Vietnam" nennt.

DER „HEILIGE KRIEG"

Von Neuigkeiten über die heftigen Kämpfe in Afghanistan zwischen den Rebellentruppen und dem afghanischen Militär ist in den USA seit dem Frühjahr 1979 berichtet worden. Die Kämpfe werden dargestellt als Kampf des afghanischen Volkes gegen eine Pro-Moskau-Regierung.

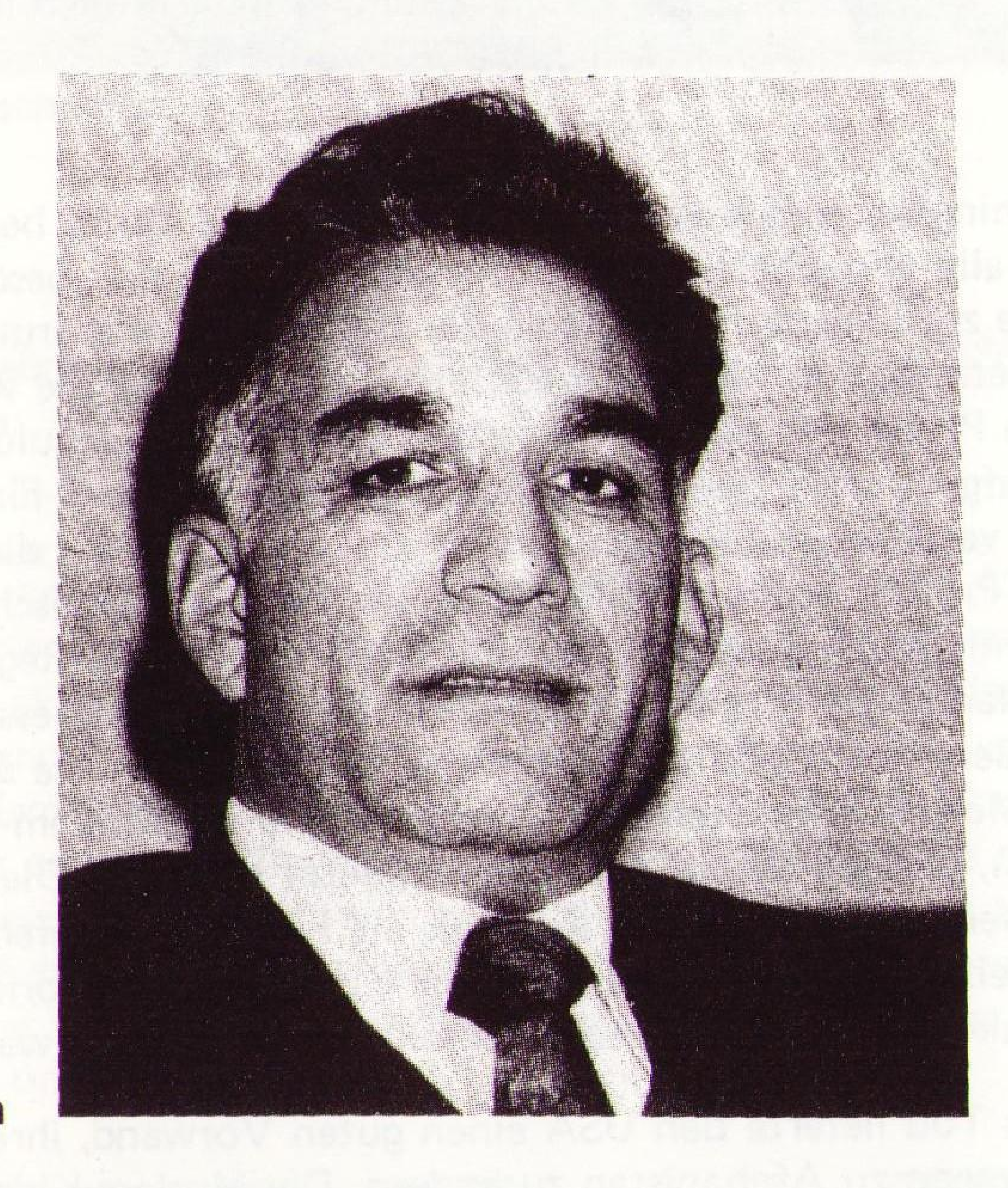
Im Dezember 1978 gab der Sprecher der US-Konservativen US News und World Report zu, obwohl *„nicht direkt eingemischt (involviert)"*, die USA *„große Schritte unternommen*

hätten im Kampf, den die Moslem-Konservativen gegen den von Moskau unterstützen Herrschenden angefangen hätten", wegen der „weitreichenden Implikationen für die USA und den Westen" (27)

Seitdem haben sich die Kämpfe intensiviert, während sie in den Sommermonaten (1978) noch ziemlich sporadisch waren. Angriffe seitens der sogenannten Rebellen werden wesentlich außerhalb des Landes vorbereitet. Tatsächlich haben Tausenden von Afghanen, die in Opposition zur Chalk-Regierung stehen, Afghanistan verlassen, vornehmlich ins benachbarte Pakistan. Auf einer Pressekonferenz im Februar 1979 gab Pakistans Regierungschef Zia ul-Haq bekannt, daß über 20.000 afghanische Flüchtlinge in seinem Land seien (28). Heutige Schätzungen rechnen sogar mit 100.000.

Gerade von Pakistan aus wurden die meisten Angriffe lanciert. Eine Konferenz von Führern der Rebellen wurde in Lahore, Pakistan am 18. Januar 1979 abgehalten und spätere Treffen fanden in anderen Städten statt, zu denen gewisse Ausländer zum zuhören eingeladen wurden.

Die Kämpfe haben vor allen Dingen Afghanistans 28 Provinzen betroffen und sind wesentlich auf dem Land geführt



Amin

worden. Wie auch immer, natürlich auch in Herat, Afghanistans drittgrößter Stadt, die nur 70 Meilen von der iranischen Grenze entfernt ist; Mazar-i-Sharif, Jalalabad und — in einer begrenzten Weise — sogar Kabul davon betroffen. In einem Punkt eroberten die Rebellen drei Städte in der Provinz Razmah. Sie etablierten islamische Gerichte und brachten über 30 Chalk-Mitglieder innerhalb weniger Tage um (29).

Laut „Washington Post" starben mindestens 5.000 Leute in Herat Mitte März. „Newsweek" berichtet, indem sie ungenannte „gut placierte amerikanische Offizielle" (?) zitiert, daß sowjetische Militärberater unter den Opfern seien."(30) „Washington-Post"-Schriftsteller Jonathan Randal hatte grosse Mühe, im Detail zu beschreiben, was er denkt, was in Herat passiert sei. Er schreibt, daß es *„eine bevorzugte Taktik der islamischen Stammesangehörigen ist, Opfer zu foltern, indem sie ihnen erst die Nase, dann die Ohren, dann die Genitalien abschneiden, dann eine Scheibe der Haut nach der andern entfernen".* Randal hat einen diplomatischen Kommentar dazu, daß es *„ein sehr langer und sehr schmerzhafter Tod sei".* Laut seinen Aussagen starben die Russen, die in Herat lebten, und die „niedergemacht wurden" durch „besonders ausgewählte Ermordungsgruppen", die wie „Berserker" vorgingen und eine „regelrechte Schlachterei" veranstalteten. (31) Randal hebt auch hervor, daß die Rebellen-Gruppen täglich „terroristische" Aktivitäten gegen Mitglieder und Soldaten der Chalk-Partei vornehmen. Als Ausgleich, so sagt er, seien die Armeeaktionen gegen die Rebellen auch „barbarisch" gewesen.

Was geht aber tatsächlich in Afghanistan vor? Ist dieses Land ein Sowjetsatellit? Sieht die Regierung der Sowjetunion die Herrschaft der Chalk-Partei als Teil einer *„nach und nach sich schließende Gesamtbewegung von Iran und den Ölregionen im Mittleren Osten Insgesamt"* (32), so der Beauftragte Robert Neumann, früherer US-Botschafter in Afghanistan und jetzt Senior Beigeordneter des Georgetown Centers für Strategische Studien, einer Institution, die ganz eng vom CIA geleitet wird? Und ist die „islamische Rebellion" eine innere Affäre von konservativen religiösen Moslems, die einen heiligen Krieg kämpfen(Marx vs. „Die Mullahs"(33)) gegen eine kommunistische gottlose Regierung? Die ersten beiden Fragen sind zum Teil beantwortet. Die Sowjetunion war nicht beteiligt an den Ereignissen des April 1978, die zum Sturz von Daoud und dem Beginn der Demokratischen Republik von Afghanistan führte. Obwohl es sie dort gibt, bestimmen sie nicht, was dort passiert. Das wurde besonders klar Mitte September in dem Putsch in der afghanischen Regierung, als Mohammed Taraki durch seinen Premierminister Hafizullah Amin als Präsident ersetzt wurde. Wenige Tage bevor er ersetzt wurde, war Taraki in Moskau empfangen worden und fortgesetzter Unterstützung durch die Sowjetführer versichert worden, die ganz offensichtlich nicht den schnellen Machtwechsel in Afghanistan, der auf seinen Besuch folgte, voraussehen konnten. Und bis heute ist es immer noch unklar, ob Taraki aus Gesundheitsgründen aufgegeben hat, wie es die afghanische Nachrichtenagentur berichtet, oder ob er schwerverletzt worden ist und später in „einer gewaltsamen Palastrevolte", wie es in den US-Medien behauptet wird, gestorben ist.

Behauptungen, daß die gegenwärtigen Kämpfe in Afghanistan ein „heiliger Krieg" von Moslem-Rebellen seien, die Angst davor haben, daß die „prosowjetische Regierung" ihre religiöse Freiheit einschränken wollte, sind nie erhärtet worden. Tatsächlich können Publikationen, die die Kämpfe als religiös motiviert porträtieren, selten irgend einen einleuchtenden Beleg für ihre Behauptungen angeben. Und im September 1979, nach 1 1/2 Jahren der „gottlosen Regierung" berichtet die prowestliche Economist, daß *„keine Restriktionen auf die Religionsausübungen stattgefunden hätten"*(34)

Offensichtlich liegen die Gründe für die Kämpfe und den Terror irgendwo anders. In Afghanistan war der Islam immer sehr eng gekoppelt an ein soziales politisches und wirtschaftliches System des Feudalismus und Halbfeudalismus. So ist anzunehmen, daß die Auflösung der großen Besitztümer, die den alten Aristokraten und den Feudalherren gehörten, und die teilweise Zerstörung des früheren wirtschaftlichen Systems durch die Chalk-Partei als ein Angriff auf den Islam interpretiert worden sind. Zusätzlich waren tatsächlich eine Reihe der reichen Landbesitzer Moslem-Klerus (35), und die finanziellen Verluste für die Mullahs haben sicherlich ihre Propaganda über die „ gottlosen Kommunisten" motiviert.

Hinzu kommt, daß es nicht ein religiöser Krieg ist, wie es die westlichen Medien so stolz aus ihm machen, um die Wahrheit zu verschleiern. Es ist ein Kampf zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten. Und in diesem Fall,wie im feudalen Europa sind die religiösen Führer mit der Ausbeuterklasse verknüpft, was natürlich die Schaffung des Mythos von Religionskrieg erleichtert.

Es hat Fälle gegeben, wo arme Landarbeiter, die auf den Gütern der Landbesitzer fast wie Sklaven gelebt hatten sich weigerten, Re formen zu akzeptieren, aus lauter Angst vor

Bestrafung durch die Landbesitzer. Da die Landarbeiter eine lange Geschichte der Abhängigkeit gegenüber der Mullahs hatten, und so darauf konditioniert sind, auf sie zu hören als religiöse Führer, sind wohl auch einige Landarbeiter sehr wohl von der Notwendigkeit eines „heiligen Krieges" gegen die Chalk-Partei und die Sowjets überzeugt, die in Afghanistan leben und arbeiten. Trotzdem geben Chalk-Offizielle den Mullahs gute Möglichkeiten für ihre Propaganda, indem sie unsensibel gegenüber den Traditionen sind und zu rasch mit ihren Reformen vorwärts schreiten. Ein konservativer Afghane erklärte gegenüber Counter Spy *„sie (die Chalk-Partei) hätte alles tun können, was sie wollten, wenn sie es nur langsamer gemacht hätten."*

Die dritte Frage, die sich aufwirft, ist, ob die Kämpfe in Afghanistan eine innere Angelegenheit sind. Und diese Frage scheint zentral zu sein. Im März 1979 hob der Sprecher des State Department, Hodding Carter III, hervor, daß die US-Regierung „äußere Einmischung in afghanische innere Probleme sehr ernst nehmen würden" (36). In seiner Erklärung, die interpretiert wurde als „ein Zeichen mehr der Sensibilität gegenüber den wachsenden sowjetischen Manövern in einem breiten Raum, der vom Horn von Afrika durch Jemen bis nach Afghanistan reicht" (37), so die ‚Washington Post", richtete Carter seine „Warnung" an die Sowjetunion und hob hervor, daß „die USA nicht interveniert haben in die innere Situation in Afghanistan" (38). Indem er die Kämpfe eine „innere Angelegenheit" nannte, versteckt Carter die US-Interessen an einer Intervention in Afghanistan und ignorierte die massiven direkten Interventionen durch US-„Freunde". Weiterhin, wenn man die lange Geschichte der USA-Einmischung in afghanische Angelegenheiten betrachtet, insbesondere durch den früheren Schah von Persien, dann ist Carters Erklärung sehr heuchlerisch. Nach der Niederlage der wirtschaftlich strategischen und politischen Interessen der USA im Iran und der Auflösung des CENTO-Paktes (ein Militärbündnis der Türkei, Iran und Pakistan, das von den USA unterstützt wird) ist die US-Regierung bezüglich des Nahen Ostens und die Region Süd-Asien sehr sensibel. Der Beisitzende Staatssekretär Warren Christopher drückte diese Sensibilität während seiner Reise in die Türkei im Frühjahr 1979 aus, wo er für die US-Aufklärungsstation verhandelte und die Möglichkeite einer Etablierung einer Nachfolgeorganisation für die CENTO ausfindig zu machen versuchte. Für eine Allianz wie diese würde es sehr „hilfreich" sein, eine Regierung in Afghanistan zu haben, die mit den USA befreundet ist. Außerdem würde Afghanistan einen ausgezeichneten Platz für eine Aufklärungsstation, die auf die Sowjetunion gerichtet ist, abgeben.

Wenn man genauer betrachtet, was die USA langfristig für den Mittleren Osten und die südasiatische Region planen, so ist es gewiß eine Illusion, zu glauben, daß die USA ihre Hand von Afghanistan lassen würde. An diesem Punkt ist es nicht klar, inwieweit der CIA sich eigentlich in afghanische Angelegenheiten neben der regulären Organisierung der Aktivitäten von Militär und Rebellenbewegungen einmischt. Obwohl dies jetzt genau begrenzt ist, weil *„ausgetüftelte elektronische Aufklärung zu sammeln nutzlos ist, seit es eine kleine Radiokommunikation zwischen den Rebellengruppen gibt, die abgehört und analysiert werden kann."(39)* Eine andere US-Intelligenz-Agentur die an der Grenze Afghanistan-Pakistan sehr aktiv ist, ist die DRUG ENFORCEMENT AGENCY (DEA) (Antirauschgiftaufklärung, die Red.) Sie wird als eine von den CIA-Offizieren unterwanderte Organisation betrachtet und hat sich kaum jemals auf „reine Verfolgung des Drogenhandels" begrenzt.

In der ausländischen Presse wird es offensichtlich, daß der CIA direkt in das Training von afghanischen Rebellen in Pakistanischen Lagern beteiligt ist und Kontakte mit ihnen in Afghanistan hat, aus einschließlichen Berichten der libanesischen Wochenzeitung AL KIFAH AL ARABI (40) und in verschiedenen osteuropäischen Publikationen (41). Diese Erklärungen wurden von von Sprechern der US-Regierung als *„verleumderisch und grundlos" (42)* erklärt.

US-BÜRGER ALS REBELLENFÜHRER

Interessant ist, daß zwei der afghanischen Rebellenführer, Ziya Nezri und Zia Nassery tatsächlich US-Bürger sind und daß das State Department zumindest mit einem von ihnen im Kontakt ist. Ziya Nezri, ein Unterstützer der abgeschafften Monarchie, besuchte das State Department Anfang März '79, eben kurz vor dem Angriff auf Herat und bat um US-Unterstützung. Nezri hatte lange Diskussionen mit dem verantwortlichen Offizier für Afghanistan Ronald Lorton und anderen Offiziellen des State Department ebenso wie mit Repräsentanten von Senator Frank Church und Jacob Javits, welcher letztere bekannt ist für seine Freundschaft mit dem Schah vom Iran. In einem Interview weigerte sich Lorton zu sagen, ob er mit Nezri über Waffenschifftransporte für die Rebellen diskutiert hätte: „Mr. Nezri ist ein amerikanischer Bürger". Church und Javits haben sich auch geweigert, über ihre Besprechungen mit Nezri Auskunft zu geben. Der andere US-Bürger, der in den Kämpfen in Afghanistan verwickelt ist, Zia Nassery, ist ein Mitglied des afghanisch-islamischen und nationalistischen Revolutionsrates, der in Peshawar in Pakistan seine Basis hat. (Peshawar ist von strategischer Bedeutung: Es ist die Stadt, die am nächsten am Khaiber-Pass liegt, dereinzigen Straße über die Berge von Afghanistan nach Pakistan). Nassery wurde von der New York Times im April '79 interviewt, wo er behauptete, daß seine Gruppe „150 000 kämpfende Männer in Afghanistan hätte" (43).

In einem Kommentar der Washington Post notierte Charles Bartlett, *„daß man stark den Eindruck bekommen kann in informierten Kreisen (THE WASHINGTON STAR? THE STATE DEPARTMENT? DER CIA?) daß die US-Regierung keine wesentliche Hilfe für die Aufständischen in Afghanistan gegeben hätte"* aber *„verdeckte Hilfe wäre natürlich geheim"*. Bartlett fährt fort und sagt, daß die USA *„einen hohen Preis zahlen würden, falls wir uns weigern sollten, in Situationen, wie eine in Afghanistan existiert, nicht einzusteigen"*. Eine ähnliche Linie hat auch General Alexander Haig, der Helfer des ehemaligen Präsidenten Nixon und NATO-Kommandierender in Europa war, der der belgischen Tageszeitung LE SOIR erzählte, daß es wichtig ist zu antworten auf *„die Bedeutung von Afghanistan, Südjemen und Ätiopien als Staaten für die Sowjetunion". (45)*



Afghanistan sehr unähnlich, hat sich Pakistan zu einem „Paradies" für Agenten fremder Regierungen entwickelt, die in Afghanistan intervenieren wollen, und die pakistanische Regierung unterstützt sie tapfer dabei. In einem aufhellenden Artikel in der schweizer Tageszeitung NEUE ZÜRICHER ZEITUNG im Februar '79 ist dokumentiert, daß die pakistanische Militärregierung die afghanischen Rebellen unterstützt, Flüchtlinge aufnimmt und operationelle Basen in Pakistan erlaubt. Offiziell mischt sich Pakistan (wie die USA) nicht in die inneren Angelegenheiten Afghanistans ein, wie die pakistanische Zeitung NAWA–i–WAQT behauptet. Die Zeitung fährt fort, *„wenn Flüchtlinge über die Grenze kommen, bekommen sie Nahrung und Verpflegung, das aus lediglich „humanitären Erwägungen" gegeben wird."* (46)

OPIUM FÜRS VOLK

Ein Artikel, der die ausländische Intervention in Afghanistan betrachtet, erschien in dem kanadischen Magazin MCLEAN'S REPORT, der berichtet, daß Agenten der DEA (Antidrogen-Organisation, d.Red.) nahe der afghanischen Grenze in Pakistan chinesische Männer entdeckt hätten. Zunächst hätten sie vermutet, daß diese *„Hongkong-Chinesen Heroindealer sein könnten, die planen würden, die gesamte Mohnernte der Gegend aufzukaufen"*. Aber später haben sie die Anwesenheit von chinesichen Armee-Offizieren und Beratern auf pakistanischer Erde als eines von Pakistans *„gefährlichsten und bestgehütetsten Geheimnisse"* erkannt. Es gab auch Unterstützung im Training und in der Ausrüstung der rechtsgerichteten afghanischen Moslem-Guerillas für ihren „heiligen Krieg" gegen das von Moskau gestützte Taraki-Regime in Kabul ... Die arglistige Frage, die sich stellt, ist, warum Pakistans starker Mann General Zia ul-Haq einen Kampf mit Afghanistan riskiert, wenn er bereits heftigen Unruhen in seinem eigenen Volke gegenübersteht? Quellen im benachbarten Indien glauben, daß es ein Teil des ausgetüftelten Plans vom CIA ist, seine eigene Atombombe zu bauen, das vor kurzem dazu geführt hat, daß die USA ihre militärische Hilfe gegenüber Pakistan eingestellt hat. Sie vermuten, daß China jetzt als Gegenleistung für die Hilfe für die afghanischen Rebellen Pakistan Hilfe anbietet.

McLeans fährt im Bericht fort, daß der Krieg der Rebellen zum Teil durch den illegalen Handel mit Opium finanziert wird.

„Die feudalen Landbesitzer, deren Besitztümer durch Beschlagnahme bedroht sind, seitens der Taraki-Regierung, bringen das Produkt von ihren Mohnfeldern nach Pakistan und benutzen die Einkünfte dazu, um Gewehre, Dynamit und andere Waffen zu kaufen. Pakistanische Waffenhändler berichten, daß ihre neuen Kunden täglich kommen und daß das Geschäft bombig ginge" (54).

Wie dem auch sei, dokumentiert der Artikel der NZZ, daß die pakistanische Sorge um die „Flüchtlinge" weit über die „humanitären Erwägungen" hinausgeht. Die pakistanische Militärregierung gab den Flüchtlingen eine Summe von 20 Millionen Rupien und hat niemals diese Tatsache in der pakistanischen Presse publiziert. Zur gleichen Zeit weist die NZZ auf die Tatsache hin, daß es sicherlich für die pakistanische Regierung nicht neu sein wird, nämlich, daß *„die Rebellen all ihr Geld benützen um Waffen zu kaufen"* (47).

Die US-Zeitungen und Nachrichtenagenturen, deren Reporter die Rebellenlager in Pakistan besucht haben, haben ebenfalls wiederholt Artikel geliefert über das Verlangen der Rebellen nach Hilfe: *„Schickt uns kein Brot, schickt uns US-Waffen und Munition"* (48). Laut NZZ ist eine andere Tatsache bezüglich der Lager wichtig, die man sehr wohl verstehen muß: *„Es ist sehr überraschend..., daß praktisch alle Leute, die nach Pakistan fliehen, männliche Erwachsene sind."*(49)

ISLAM: STRATEGIE GEGEN KOMMUNISMUS

Es steht völlig außer Zweifel, daß in diesen Lagern die reale Rückendeckung der Rebellen lokalisiert ist und sie werden von der pakistanischen Regierung in vielfältigster Weise unterstützt: sie bekommen Geld, sie haben die Erlaubnis über die Grenze nach Afghanistan frei hinüberzugehen, sie können im Lager trainieren (s.o.) und der Regierungs-Chef von Pakistan Zia ul-Haq vertritt sogar ihre Sache international. Er erzählte der saudiarabischen Zeitung UKAZ, daß *„Afghanistan ein Land ist, das gegenwärtig von Kommunisten beherrscht wird"* und verlangte eine *„gemeinsame Strategie der islamischen Nationen um der kommunistischen Aktivität in ihren Ländern entgegenzuwirken"* (50).

Sturm auf das Gefängnis in Kabul





Soldaten aus dem sowjetischen "Expeditionskorps" im Stadtgebiet von Kabul. Sie ähneln den Leuten auf den Straßen der afghanischen Hauptstadt. Sie sind Usbeken, Tadschiken oder Turkmenen. Die Republiken dieser Völker liegen jenseits der Grenze, in der Sowjetunion.

Ayatollah Khomeini stimmt zu und scheint in dieser Hinsicht die Politik des früheren Schah von Persien fortzuführen, der immer bereit war, den Reaktionären in Afghanistan zu helfen. Khomeinis Partei hat eine enge Freundschaft mit der afghanischen islamischen Partei, die Taraki anklagte, *„ein Agent des KGB"* zu sein (51). Auch Ayatollah Shariat-Madari, *„Nummer zwei in der schiitischen Hierarchie, hat einen Apell an alle Moslems überall auf der Welt,die afghanischen Moslems zu unterstützen' "* herausgegeben (52). Die afghanische Botschaft in Teheran ist von Afghanern und Iranern, die gegen die Chalk-Regierung protestierten, angegriffen worden, die ihrerseits die iranischen Mullahs beschuldigten, den afghanischen Rebellen sogar militärisch zu helfen. Darüberhinaus haben andere islamische Staaten wie Ägypten ebenso wie die Moslem-Brüder, eine erzkonservative Moslemgesellschaft, große Sympathien zu den afghanischen Moslemrebellen. Flugblätter, die von der islamischen Bruderschaft unterzeichnet und in der Grenzregion Pakistan-Afghanistan verteilt worden sind , besagen, daß Iran akzeptiert hat, den islamischen Rebellen bei ihrem Kampf gegen die Kommunisten zu Helfen.(53)

GUERILLA-EXPERTEN AUS CHINA

Ein anderer Report seitens der japanischen Nachrichtenagentur KYODO besagt, daß *„tausende von Chinesen ausgebildete pakistanische Guerilla-Experten in ultrasubversiven Aktionen verwickelt sind und Angriffsoperationen gegenüber afghanischen Truppen durchführen, die die pakistanisch-afghanische Grenze bewachen sollen und daß diese Guerilla-Experten gegenüber den afghanischen Rebellenstreitkräften Schutz geben".* KYODO gibt ebenfalls laut indischen Geheimdienstquellen an, *„die Guerillas werden von ihren Trainingslagern rund um Khasgar in der Provinz Xingjiang (China) zu ihren empfindlichen Gebieten, die an Afghanistan angrenzen, ausgesandt."* (55)

In dem gleichen Nachrichtenzusammenhang berichtet KYODO daß indische Geheimdienststellen beobachteten: *„Die Bewegungen von Lt. General F.A. Christi, der beauftragte Korpskommandeur der pakistanischen Norddivision, der vor kurzem die Grenzregion besucht hatte und sagte, daß er eine Reihe von Treffen mit chinesischen Kommandeuren in der Gegend gehabt habe: Lt. Gen. Christi diskutierte Möglichkeiten wie strategische Postierungen von Guerillas, zusätzliche Anlieferungen des bereits akzeptierten chinesischen militärischen Kriegsmaterials und Austausch von Ideen über eine gemeinsame Anstrengung, eine schlagkräftige Truppe aufzustellen, das dem sowjetischen Militär, das Afghanistan zu helfen versuchen könnte, antworten könnte"* (56).

Eine andere ranghohe chinesische Militärdelegation, die mit dem dem Kommandanten der Luftwaffe Chang Ting Fa im Frühjahr '79 Pakistan besuchte, reiste ebenfalls zum Khaiber-Pass und in eine Reihe von Gegenden, die direkt an der afghanisch-pakistanischen Grenze liegen.

„Angesichts von Amerikas offensichtlichem Interesse um die Sicherheit und Stabilität der ganzen Region würde es wünschenswert erscheinen, daß die Zusammenarbeit der US-Regierung mit Rat und Tat sowohl mit Iran als auch mit Pakistan immer enger wird. Eine ruhige aber sichtbare Demonstration unserer Besorgnis über ihre Angelegenheiten würde sie neuerdings versichern, während es gleichzeitig als eine implizierte Warnung dienen würde, falls die neue afghanische Regierung ihren Nachbarn irgendwelche Sorgen macht" (57) schreibt der Senior Beisitzende des Georgetown-Centers für strategische und internationale Studien im Juli 1978. Bis heute ist es klar geworden, daß Afghanistan für seine Nachbarn „keineswegs Unruhe stiftet", im Gegenteil, es sind die Nachbarn, die in afghanische Angelegenheiten intervenieren und ein konservative religiös verbrämte Bewegung gegen die herrschende Chalk-Partei unterstützen.

Bis heute ist es noch unmöglich vorauszusagen, wann und wie die Kämpfe in Afghanistan zu Ende gehen werden. Die west-



Eingesetzter Staatschef Karmal

lichen Medien sind eifrig dabei, ein blutiges Bild zu malen und für eine Weile ließen sie es so erscheinen, als würde die Chalk-Regierung innerhalb weniger Tage gestürzt werden. Jedenfalls erweisen sich Berichte wie: „15 000 Rebellen haben fast Kabul erreicht und lagern rund um die Stadt. Sie warten nur noch auf die geplante Offensive" (58), als unkorrekt, und sind wohl das Wunschdenken der konservativen und reaktionären Journalisten.

Im Gegenteil, bis jetzt sieht es so aus, als wird die Chalk-Regierung sehr stark von der Bevölkerung unterstützt und gewinne auch militärisch die Oberhand über die Rebellen. Jedoch bei der gegebenen bergigen Landschaft sieht die Fortentwicklung der militärischen und ideologischen Unterstützung seitens Pakistan, China und Iran für die Rebellen und das Wohlwollen der US-Regierung ihnen gegenüber (und möglicherweise mehr als das), so aus, als sei das afghanische Volk in einen langen kostspieligen Krieg verwickelt.

FOOTNOTES

1) Washington Post (WP), 5/10/79, p. A-43
2) The Afghanistan Desk officer in the State Department in a letter of 5/22/79
3) U.S. News and World Report, 12/11/78, p. 56
4) Newsweek, 2/26/79, p. 27
5) WP, 4/13/79, p. C-1
6) Current History, June 1979, p. 172
7) cf supra, # 5, p. C-5
8) Newsletter on Civil Liberties and Police Development (CILIP), West Berlin, Feb. 1979, p. 33
9) Der Spiegel, no. 12/79, p. 162
10) cf supra #, 6, p. 173
11) cf supra #, 5, p. C-5
12) Christian Science Monitor (CSM), 5/1/78, p. 6
13) Khyber Mail, 5/7/78, p. 1
14) Taraki in 1951 (!) in the paper Angar; as quoted in Political Affairs, Jan. 1979, pp. 12, 13
15) cf supra, # 12
16) a "Carter administration official" quoted in CSM, 5/9/78, p. 5
17) CSM, 11/14/78, p. 3
18) cf supra, # 4
19) WP, 2/22/79, p. A-13
20) ibid.
21) cf supra, # 4
22) cf supra, # 19
23) cf supra, # 4
24) ibid.
25) WP, 6/11/79, p. A-21
26) The Guardian Weekly, 4/29/79, p. 13
27) cf supra, # 3, p. 55
28) Neue Zuericher Zeitung 2/7/79, p. 4
29) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 8/21/79, p. 2
30) Newsweek, 4/2/79, p. 47
31) WP, 5/11/79, p. A-23
32) Washington Review of Strategic and International Studies, July 1978, p. 117
33) Newsweek, 3/5/79, p. 66
34) The Economist, 9/11/79, p. 44
35) Newsweek, 4/16/79, p. 64
36) WP, 3/24/79, p. A-12
37) ibid.
38) ibid.
39) WP, 4/23/79, p. A-16
40) quoted as in Foreign Broadcast Information Service (FBIS), Soviet Union, 4/23/79, p. D-1
41) Pravda even published names of CIA agents and "masters of subversion", for example, L. Robinson, R. Brock, and V. David who are aiding the rebels (4/10/79 p. 4)
42) WP, 4/3/79, p. A-12
43) New York Times (NYT), 4/16/79, p. A-4
44) Washington Star (WS), 4/30/79, p. A-11
45) quoted as in FBIS, Soviet Union, 4/23/79, p. D-1
46) Nawa-i-Waqt, quoted as in FBIS, Soviet Union, 5/30/79, p. D-1
47) cf supra, # 28
48) NYT, 4/16/79, p. A-4
49) cf supra, # 28
50) quoted as in Dritte Welt Magazin, 4/79, p. 6
51) WP, 5/25/79, p. A-1
52) The Guardian Weekly, 5/6/79, p. 12
53) quoted as in FBIS, Middle East and North Africa, 4/18/79, p. 21
54) McLean's, 4/30/79, p. 24
55) cf supra, # 53
56) ibid.
57) cf supra, # 32
58) FAZ, 8/14/79, p. 2

Abgeschossener sowjetischer Helikopter in Afganistan



Obwohl er sehr sorgfältig die ausländische Intervention in Afghanistan untersucht, analysiert er einen sehr wichtigen Aspekt nicht, der Pakistans Unterstützung der afghanischen Rebellen bestimmt: ein langwährender Konflikt zwischen Pakistan und Afghanistan, der durch die Willkürliche Grenzziehung, die zwischen den beiden Ländern am Ende des britischen Kolonialismus in dieser Region getroffen wurde.

Mehrere Male seit 1947, als die Briten die Gegend verließen, hat die Regierung von Kabul Pakistan Vorwürfe gemacht, indem sie die Pushtunen, eine starke ethnische Gruppe, deren Mitglieder in Nordwest-Pakistan ebenso leben wie in Nordwest-Afghanistan, für sich beanspruchte und sie das Recht auf Selbstbestimmung ihrer eigenen Zukunft hätten und daß die afghanisch-pakistanische Grenze international nicht anerkannt werden sollte. 1960 eskalierte der Konflikt soweit, daß die afghanisch-pakistanische Grenze für fast drei Jahre geschlossen wurde. Nach dem Verlust von Bangla Desh wurde Pakistans Regierung sehr sensibel für jede Art von Unabhängigkeitsbewegung wie denen von den Pushtunen. Eine andere Region hat ebenfalls Unabhängigkeit von Pakistan verlangt, und zwar Belutschistan, die größte von Pakistans vier Provinzen. 1972 haben die Belutschen eine massive Revolte angefangen gegen das Regime vom damaligen Premierminister Zulfikar Ali Bhutto, der antwortete, indem er die Revolte mit 70 000 Soldaten und Hubschraubern und vom Iran zur Verfügung gestellten Piloten niederschlagen ließ. (Time, 1/15/79, Seite 32). Seitdem ist Belutschistan weitgehend von pakistanischen Soldaten der Ostprovinzen besetzt.

Die Belutschen leben ebensowohl im Iran als auch in Afghanistan, und die Chalk-Regierung hat mit ihrem Kampf für Unabhängigkeit sympatisiert und ihr wurde dann vorgeworfen, sie würde die Belutschen militärisch unterstützen, weil die Marxistisch-Belutschanische-Volks-Befreiungsfront ein Teil dieser Unabhängigkeitsbewegung ist. Deswegen ängstigen sich „einige westliche Analysanten der Situation über einen zukünftigen Aufstand in Pakistan, der zu einer Ausdehnung des sowjetischen Einflusses südlich des Indischen Ozeans führen könnte“ (Time, 1/15/79, Seite 32)

(aus: Counter Spy: Volume 4 Nummer 1/80)

Luitgard Severin: Ein Wort zur Sicherheit
Zur inneren und äußeren. Samt ketzerische Fragen.

Der Jahreswechsel hat uns die Entspannung in greifbare Nähe gebracht, was die Bundesregierung sehr ernst nimmt (wie damals die Arbeitslosigkeit, die es ja auch noch gibt). Da liegen drei Länder nebeneinander auf der Landkarte wie ein unvollständiger Satz: Iran, Afghanistan, Pakistan – Subjekt, Prädikat, Umstandsbestimmung. Das andere Subjekt, das in diesem Falle so tut, als sei es das Objekt, ist wütend und erklärt, Breschnew hätte gelogen. Ist es erlaubt, so zu tun, als sei man dumm? Nicht in dieser Schauspielerhaltung, bei der es nur um's theatralische Aufmarschieren oder Abmarschieren geht, um Offiziere und Bauern, um Schwarz oder Weiß! Als ob es um Kabul nichts zu sterben gäbe!

Doch warum in die Nähe schweifen. Angenommen, die dumme Nuß erklärt, Breschnew habe schon wieder gelogen und die 'sowjetische Entspannung sei jetzt bedauerlicherweise über die Bundesrepublik hereingebrochen. Was wird dann aus dem Pflasterstrand?

Cohn-Bendit, der gerade noch dem Gremliza gestanden hat, daß er Antikommunist ist, wird sich nach tränenreichem Abschied leider mit dem Fahrrad ins Tessin absetzen müssen. Der Monte Verita ist ein idealer Platz zum Memoirenschreiben. Was aber wird aus den anderen Konterrevolutionären? Werden einige so heldisch sein und Molotows (!) werfen? Werden sie in der Hamburger Allee auf die Panzer klettern und mit den Rotgardisten die Situation ausdiskutieren? In welchem russischen Dialekt? Wie machen sie ihnen klar, wer Karl Napp ist! Wie schreibt man Batschkapp und Schrottkopp kyrillisch? Wie werden wir uns wehren, um nicht verkehrt zu leben? Wie können wir überleben, wenn wir überleben? Wird es reichen, rote Fahnen aus den Redaktionsfenstern zu hängen? – Wer hat da eben gesagt: „Dann doch lieber Kanzler Strauß?"!

Wer Bullen knipst ist selber schuld

Von einem Bürger aus dem pfälzischen Städtchen Landau kommt folgender Bericht über einen Polizeiüberfall „nach dem neuen Gesetz“:
Das „neue Gesetz“ – zum „Trost“!? – gibt's übrigens nur in den Köpfen der beteiligten Polizisten.

LANDAU, 19.November 1979

Am 19.11.79 gegen 13 Uhr fuhr ich mit meiner Ehefrau zum Einkaufen ins Kaiserkaffeegeschäft auf der Marktstraße in Landau/Pfalz. Meine Ehefrau ging ins Geschäft und ich blieb im Auto sitzen, dabei sah ich auf der anderen Straßenseite drei sich auffällig benehmende Typen stehen. Sie sagten etwas zueinander und einer ging auf die andere Seite und etwas später auf meinen Wagen zu und schlich drumherum. Dann ging er wieder zu den anderen rüber und erzählte heftig. Ich fuhr anschließend auf den Marktplatz zum Geschäft Aldi, um dort einzukaufen. Wiederum sah ich besagte Personen herumlungern. Dort habe ich aus Sicherheitsgründen einen davon fotografiert mit der Polaroid. Ich fuhr nach Hause, schaute aus dem Fenster und sah alle vier Personen, im Hofgelände des Polizeipräsidiums, die sich an einem Auto zu schaffen machten. Ich holte erneut meine Kamera und knipste. 5 Minuten danach, gegen 14.30 Uhr klingelte es an meiner Wohnungstür, ich öffnete und sah zwei der genannten Personen. Sie forderten mich auf, ihnen die Fotos zu geben, andernfalls sie eine Hausdurchsuchung durchführen wollten. Ich fragte nach einem Hausdurchsuchungsbefehl. In dem Moment packten mich beide an den Armen, zerrten mich aus der Wohnung und schlugen auf mich ein, indem ich die Treppe hinunterstürzte, wobei mir einer den Arm nach hinten drehte, so daß ich etliche Prellungen und Verstauchungen hatte, die sogar am nächsten Tag beim Anwaltsbesuch noch deutlich zu sehen waren.
Der Sturz war über 15 Stufen. Als ich noch unten auf dem Treppenabsatz lag, sprangen sie hoch in meine Wohnung, stießen dabei meine schwangere Frau zur Seite und einer sagte; Das wäre ja noch schöner, wenn wir einen Hausdurchsuchungsbefehl brächten, nach dem neuen Gesetz geht das auch so. Sie schrien meine Frau an, wo die Bilder wären, sie solle sie sofort herausgeben, sonst wäre was los. Ich sehe dies als massive Bedrohung, Hausfriedensbruch und schwere Körperverletzung an. Ich wurde an die Wand gestellt, Hände hoch, Beine auseinander, mit dem Gesicht zur Wand. Sie schlugen, einer rechts und einer links, meine Beine soweit auseinander, daß ich beinahe stürzte, wobei ich körperlich aufs brutalste durchsucht wurde. Nach 5 Minuten begaben sich die 4 Beamten des Sondereinsatzkommandos Kaiserslautern noch einmal in meine Wohnung und durchwühlten alle Zimmer.

Ich finde derartige Verstöße der Kripo gegen die bestehenden Gesetze so empörend, daß ich als Bürger von Landau drauf bestehe, daß solche Vorgänge einer breiten Öffentlichkeit durch Publikation mitgeteilt werden.
Ich erfuhr am nächsten Tag von der Kripo Landau, daß es sich bei den Leuten um ein Sondereinsatzkommando für Rauschgift handelt und daß die Leute nichts von mir wollten. Schuld an der Durchsuchung wäre lediglich mein Fotografieren gewesen. Vor einigen Wochen las ich in der Rheinpfalz Ausgabe Landau einen Artikel, in dem der Polizeichef von Landau ankündigte, daß wenn die Polizei die Drogenszene in Landau nicht bald in den Griff bekommt, er schärfer durchgreifen lasse.

Nicht Leute aus der Drogenszene werden derartigen Repressalien in Zukunft entgegensehen müssen, sondern jeder Bürger Landaus, der Leute wie diese fotografiert. Darf man nicht mehr fotografieren?

Kontakt:
Wolfgang Baumann
Wallstraße 1
6740 Landau, Tel. 06341/89347

Postvertriebsstuck Nr. 317
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.



HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: *Richard Herding*

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte) :	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte) :	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

DER STAAT, EIN SOFTI ?

Der AStA der Frankfurter Universität veranstaltet am
22. Januar, 20 Uhr
im Hörsaal VI eine Podiumsdiskussion, Teach-in, Massendiskussion über diese Frage. Auf dem Podium werden u.a. Sebastian Cobler, Erich Fried, Karl Heinz Roth sitzen.

INHALTSVERZEICHNIS

